

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the shape of Germany.

Bereit für Veränderungen?

Die geplante Parteireform
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

DANIEL TOTZ
Dezember 2011

- Innerhalb der letzten zwanzig Jahre haben die Sozialdemokraten in Deutschland die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Neben den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen, der demografischen Entwicklung und Fehlern bei der Politikgestaltung und -vermittlung können auch verkrustete Parteistrukturen als Ursache für den Mitgliederschwind genannt werden. Um sich den veränderten Gegebenheiten anzupassen und gleichzeitig neue Anreize zur Mitarbeit zu schaffen, ist eine Parteireform unumgänglich.
- Auf dem SPD-Bundesparteitag im Dezember 2011 wird über einen Leitantrag zur Parteireform abgestimmt. Dieser beinhaltet die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten von Mitgliedern, eine schrittweise Öffnung der Partei nach außen, eine verbesserte Mitgliederwerbung und -bindung sowie eine Reform und Umstrukturierung der Ortsvereine. Der Reformprozess selbst soll alle Parteiebenen einbeziehen.
- Kritiker verweisen auf frühere Parteireformen, die zumeist nur geringe Auswirkungen auf den tatsächlichen Parteialltag hatten. Auch dieses Mal bleibt abzuwarten, welche realen Veränderungen erreicht werden können. Doch war die Chance zu einer gelungenen Parteireform noch nie so groß wie heute. Denn nach der desaströs verlorenen Bundestagswahl 2009 ist die breite Basis der Partei bereit für Veränderungen.



Einleitung	3
Inhalte und Ergebnisse der Parteireform – der Leitantrag zum Bundesparteitag 2011.	3
Gewinnung neuer Mitglieder.	3
Stärkere Beteiligung der Mitglieder	4
Öffnung der SPD nach außen	6
Stärkung der Ortsvereine.	7
Zusammenarbeit mit Vorfeldorganisationen.	7
Reform der Parteigremien	8
Internet.	8
Parteifinanzen	8
Bildung, Lebenswirklichkeit und Migrationsquote	9
Die Organisation der Parteireform	9
Wie wurde die Parteireform konkret gestaltet?	10
Die Meinung der Mitglieder zählt:	
Die bundesweite Befragung der Ortsvereine	11
Die Rahmenbedingungen	11
Die Ergebnisse der Befragung	12
Parteireform – was wird bleiben?	14
Literatur	18
Anhang: Beschluss des SPD-Parteivorstands, Leitantrag Parteireform vom 26.9.2011	19

Einleitung

Seit Anfang der 1990er Jahre hat die SPD bereits vier mehr oder weniger große Reformdebatten geführt. Herausgekommen sind stets gute und innovative Abschlussberichte, gespickt mit Vorschlägen, die zum größten Teil jedoch nicht den Weg in den Parteialltag gefunden haben. In der derzeit laufenden Parteireform finden sich viele dieser Vorschläge wieder. Und dennoch: Die Partei ist voller Hoffnung, dass dieses Mal alles anders wird. Die mehr als katastrophalen Rahmenbedingungen machen eine Parteireform heute notwendiger denn je. Seit den 1990er Jahren hat die SPD fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Die Partei, die einst eine Basis von über einer Million Mitglieder hatte, lag Ende 2010 nur noch knapp über der magischen Grenze von 500 000 Parteimitgliedern. Mittlerweile wurde auch diese Zahl unterschritten. Zwar ging es im Politischen für die Partei in den letzten zwei Jahren aufwärts, dennoch sind die erreichten 23 Prozent bei der Bundestagswahl im Herbst 2009 immer noch präsent, waren sie letztlich doch auch die Hauptursache für das Ausrufen der jüngsten Parteireform durch den Vorsitzenden Sigmar Gabriel im November des gleichen Jahres.

Hauptaugenmerk der Reform ist die Parteiorganisation. Hier hat sich die Parteiführung mehrere Ziele gesetzt. Zum einen will sich die SPD in Zeiten sinkender Mitgliederzahlen vermehrt nach außen öffnen und so weiten Teilen der Gesellschaft eine Partizipation auch ohne Parteibuch ermöglichen, wobei aber auch die Gewinnung von neuen Parteimitgliedern Ziel der Reform ist. Zum anderen wird eine innerparteiliche Demokratisierung angestrebt, die mit einer Ausweitung und Neustrukturierung der Partizipationsangebote für Mitglieder einhergehen soll.

Der vorliegende Text analysiert die Inhalte und deren Umsetzbarkeit vor dem Hintergrund der Vorgehensweise bei der Reform sowie früherer Erfahrungen. Besondere Beachtung findet hierbei der organisationspolitische Leitantrag des Parteivorstands, welcher dem Bundesparteitag im Dezember 2011 vorgelegt werden soll.

Inhalte und Ergebnisse der Parteireform – der Leitantrag zum Bundesparteitag 2011

Innerhalb der SPD wurde über knapp zwei Jahre das Thema Parteireform intensiv diskutiert. Herausgekommen ist ein Leitantrag des Parteivorstands für den ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2011. In ihm finden sich gebündelt die Vorschläge wieder, die zuvor in den verschiedenen Werkstattgesprächen, der organisationspolitischen Kommission und diversen weiteren Gesprächsrunden erarbeitet wurden. Im Folgenden sollen nun die verschiedenen inhaltlichen Eckpunkte einzeln dargestellt werden. Hierbei findet sowohl eine Darstellung darüber statt, inwieweit sich die einzelnen Punkte in den letzten eineinhalb Jahren verändert haben, als auch eine inhaltliche Einschätzung der Maßnahme.

Gewinnung neuer Mitglieder

Der Leitantrag stellt verschiedene Ansätze und Maßnahmen für eine lebendige Parteiorganisation vor. Ihr Ziel ist es, Mitglieder mehr ins Parteigeschehen einzubeziehen, sie also aktiver zu machen. Gleichzeitig sollen die Maßnahmen neue Interessierte ansprechen und ihnen den Weg in die Partei erleichtern. Aus diesem Grund wurde dem Leitantrag auch ein eigener Abschnitt zum Thema Mitgliedergewinnung gewidmet. Dort heißt es: »Unsere wichtigste Aufgabe [ist], Mitglieder auf Dauer an uns zu binden und neue Mitstreiter/innen für uns zu begeistern« (PV-Leitantrag: 5). Eine erste Maßnahme soll die Installation von Mitgliederbeauftragten innerhalb der Ortsvereinsvorstände sein. Diese Position, bisher nur in wenigen Ortsvereinen existent, soll neben dem Ortsvereinsvorsitzenden und dem Kassierer ein fest zu vergebender Posten sein. Der Mitgliederbeauftragte ist für die Betreuung der Mitglieder, speziell ihre Bindung, Einbeziehung ins politische Tagesgeschäft sowie gegebenenfalls für die Rückgewinnung (nach Parteiaustritten) zuständig. Um eine gewisse Professionalität sicherzustellen und gleichzeitig Standards zu definieren, sollen die Mitgliederbeauftragten regelmäßig geschult werden und sich in Konferenzen untereinander austauschen können. Um verlässliche Zahlen zu besitzen und dafür zu sorgen, dass dem jeweiligen Ortsvereinsvorstand diese Zahlen auch bekannt sind, soll es künftig einen jährlichen Mitgliederentwicklungsbericht geben, den die mitgliederführende Ebene zusammen mit dem Rechenschaftsbericht einrei-

chen muss. Ein bundesweites Servicetelefon soll zudem Anlaufstelle für Hilfe suchende Mitglieder sein.

Allerdings hat die SPD nicht nur ein Problem, neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter für sich zu gewinnen, sondern diese auch zu halten. Etwa zehn Prozent aller Neumitglieder kehren der Partei in den ersten zwei Jahren den Rücken, bis zu 20 Prozent haben die Partei innerhalb der ersten vier Jahre wieder verlassen. Es ist zu vermuten, dass dies zum einen an fehlenden Einflussmöglichkeiten bzw. falschen Vorstellungen der Neumitglieder, zum anderen aber auch an einer mangelnden Integration durch die Partei liegt. Aus dem Repertoire der Mitgliederbetreuung wurden in den Gesprächsrunden im Laufe der letzten zwei Jahre unter anderem die flächendeckende Einführung von Neumitgliederseminaren und die bundesweite Installation von Mentorinnen und Mentoren für Neumitglieder erwähnt. Besonders im ersten Jahr sollten die Mitglieder intensiv betreut und ihnen die Partizipationsangebote innerhalb der SPD näher gebracht werden. Zudem ist eine schnelle Ansprache der neuen Mitglieder direkt nach dem Eintritt vonnöten. Eine derartige Neumitgliederbetreuung kann die Beitrittschancen, denen ein potenzielles Neumitglied ausgesetzt ist, stark abschwächen. Indem das Mitglied in die Struktur der Partei eingewiesen wird und eine Begleitung und Betreuung durch alteingesessene Mitglieder stattfindet, wird der individuelle Aufwand des Parteibeitritts gesenkt. Der Notwendigkeit einer Implementation derartiger Maßnahmen stehen jedoch Umsetzungsprobleme entgegen. Zum Ersten bedeuten flächendeckende, regelmäßige Neumitgliederseminare und die Schulung von Mentorinnen und Mentoren einen hohen finanziellen Aufwand. Zum Zweiten ist die Bereitschaft der Ortsvereinsfunktionäre zur Mitarbeit notwendig.¹ Fest steht: Wird Neumitgliedern nicht das Gefühl vermittelt, willkommen zu sein oder werden diese sogar direkt ausgegrenzt, kann dies ein sehr starkes Beitrittschance sein. Die SPD muss sich von ihrem *closed-shop*-Image, also einem Ortsverein, der jedem neuen Mitglied skeptisch gegenübersteht und diesem die Integration schwer bis unmöglich macht, lösen. Es kann jedoch nie sichergestellt werden, dass jedes neue Mitglied auf eine offene Organisationseinheit trifft – denn der einzelne Ortsvereinsfunktionär lässt sich schlecht von oben steuern.

1. In kleinen Ortsvereinen könnte es durchaus schwierig sein, Mitglieder für eine derartige Position zu gewinnen. In großen Ortsvereinen sind vermutlich sogar mehrere Neumitgliederbeauftragte notwendig, da hier größere Eintrittszahlen zu verzeichnen sind.

Eine emotionale Bindung der Mitglieder an die SPD ist besonders bei denjenigen wichtig, die aufgrund affektiver oder wertbezogener Anreize in die Partei eingetreten sind bzw. eintreten wollen.² Intensive und offene innerparteiliche Diskussionen, eine lebendige Vereinskultur, die Schaffung gemeinsamer Erlebnisse und die Etablierung dauerhaft konkreter Parteipositionen können dazu dienen, eine langfristige Identifikation zwischen der SPD und ihren Mitgliedern zu schaffen. Gleichwohl ist es auch an diesem Punkt schwer, eine konkrete Steuerung von oben zu ermöglichen. Eine »Image-Verbesserung«, möge sie noch so wichtig für das Erreichen der Ziele dieser Parteireform sein, lässt sich nicht allein durch Parteireformbeschlüsse herstellen. Hier sind langfristige und konkrete Strategien notwendig, um ein Gemeinsamkeitsgefühl herzustellen.

Stärkere Beteiligung der Mitglieder

Grundsätzlich ist zwischen verschiedenen Motiven, die beim Parteibeitritt bzw. beim Parteiverbleib eine Rolle spielen, zu unterscheiden. Der Berliner Politikwissenschaftler Oskar Niedermayer differenziert zwischen Beitrittsanreizen und Beitrittschancen. Insgesamt existieren demnach folgende fünf Anreizarten:

- Affektive Anreize (Parteibeitritt geht mit der Befriedigung normativer Bedürfnisse einher);
- normative Anreize (traditionelle Zugehörigkeit des Milieus/der Familie zur Partei);
- wertbezogene Anreize (das Individuum will seine Wertvorstellungen mithilfe der Parteizugehörigkeit umsetzen);
- politische Anreize (Unterstützung bestimmter politischer Ansichten);
- materielle Anreize (Parteikarriere oder die Hoffnung auf finanzielle Vorteile durch die Mitgliedschaft).

Zu den Hemmnissen gehören Beitritts-, Verbleibe- und Partizipationskosten. Die Kosten sind umso höher, je mehr Eigeninitiative vom Mitglied erwartet wird und

2. Siehe hierzu einen interessanten Überblicksartikel mit theoretischen Erklärungsansätzen zum Thema Parteiidentifikation: Falter et al. (2000) sowie allgemein Niedermayer (2009).

umso geringer, je mehr Arbeit ihm die Partei abnimmt. Hinzu kommt der monatliche Mitgliedsbeitrag. Empirische Untersuchungen haben allerdings ergeben, dass die politischen und wertbezogenen Anreize beim Beitritt bzw. Verbleib in einer Partei ganz klar überwiegen (vgl. zum Beispiel TNS-Infratest 2010). Die Mitglieder wollen demnach in erster Linie Politik gestalten und aktiv beeinflussen.

Um diese für den Parteibeitritt wichtigen Anreize zu verstärken, sieht der Leitantrag eine massive Ausweitung der Mitgliederbeteiligung vor. Hier wird unter anderem dem in der Ortsvereinsbefragung geäußerten Wunsch nach mehr Partizipation Rechnung getragen. Bei der Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten ist zwischen zwei grundlegenden Richtungen zu unterscheiden: der Beteiligung von Mitgliedern bei der Personalauswahl sowie der Beteiligung bei Sachfragen. Zukünftig soll es bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche oder parteiinterne Ämter sowie bei der Wahl eines Vorsitzenden eine Einbeziehung aller Mitglieder geben. Wie dies geschieht (ob per Briefwahl, Mitgliederversammlung, Vorwahlen etc.), obliegt hierbei dem Vorstand der jeweiligen Ebene. Beantragen insgesamt zehn Prozent der Mitglieder dieser Ebene eine Beteiligung, so ist dem zukünftig stattzugeben.³ Auch die in den Medien bisher breit diskutierte Vorwahl einer Kanzlerkandidatin oder eines Kanzlerkandidaten ist grundsätzlich möglich, sofern es mehr als einen Bewerber gibt.

Außerdem sollen Mitglieder auf der Ebene der Sachentscheide beteiligt werden. Diese sollen durch die Mitglieder selbst nun leichter initiiert werden können. So soll auch das Quorum für einen erfolgreichen Mitgliederentscheid (bisher: zehn Prozent der Gesamtmitglieder) reduziert werden. Jeder Mitgliederentscheid soll per Briefwahl durchgeführt werden können und bereits ab einem Fünftel der abgegebenen Stimmen (anteilig an der Gesamtmitgliedschaft) wirksam sein. Für eine verbindliche Entscheidung reicht hier eine einfache Mehrheit unter den Abstimmenden.

Eine Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten der Mitglieder birgt für die SPD Chancen und Risiken zugleich. Die Ortsvereinsbefragung hat klar ergeben, dass

sich viele Mitglieder eine stärkere Einbeziehung in die Partei in Form von Mitgliederbefragungen, Mitgliederentscheiden und Ortsvereinsbefragungen wünschen. Auch jüngere wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen den Wunsch der Mitglieder nach stärkerer Einbeziehung. So zeigt die repräsentative Parteimitgliederstudie von 2009 (vgl. Spier et al. 2011) auf, dass der Wunsch nach direkter Partizipation tief bei den Mitgliedern verankert ist. Eine Bestimmung des Bundesvorsitzenden erachten 62 Prozent der Befragten für sinnvoll. Lediglich 21,4 Prozent lehnen das ab, 14 Prozent betrachten diesen Weg gespalten. Auch die Bestimmung von Bundestagskandidatinnen und Bundestagskandidaten durch eine Vollversammlung (64,9 Prozent) sowie mitgliederbasierte Abstimmungen über zentrale Sachfragen (59,7 Prozent) werden mehrheitlich begrüßt.

Zwar gibt es bereits heute, also schon vor der Beschlussfassung des Leitantrags, viele dieser Möglichkeiten. Direktkandidatinnen und -kandidaten können beispielsweise von Mitgliedervollversammlungen gewählt werden. Für Mitgliederentscheide sind zwar hohe formale Hürden und inhaltliche Einschränkungen vorgesehen⁴, dennoch besteht die Möglichkeit, sie abzuhalten, wenn gleich es auf Bundesebene bisher nie zu einem verbindlichen Mitgliederentscheid gekommen ist. Der Versuch einiger Vertreter der SPD-Linken, mit einem Mitgliederentscheid die Agenda 2010 von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu verhindern, schlug fehl.⁵ Wenn gleich es in einigen Landesverbänden bereits verbindliche Mitgliederentscheide gab, sind diese auf Bundesebene noch nicht durchgeführt worden. Die Hürden für derartige Beteiligungsmöglichkeiten müssen also gesenkt werden. Und genau dies sieht der Leitantrag vor.

Der Wunsch der Parteimitglieder geht also eindeutig in Richtung stärkerer Beteiligung. Was aber spricht gegen den Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten? Die Parteimitglieder würden den Abgeordneten der öffentlichen Gremien beispielsweise das Mandat einschränken, heißt es. Hinzu komme, dass sich bei Mitgliederentscheiden keine Kompromisse darstellen würden und häufig nur mit »ja« oder »nein« votiert werden könne – inhaltliche Debatten würden nicht stattfinden. Schließlich seien

3. Der Leitantrag liefert hierzu leider keine konkrete Vorgabe, wie die genannten zehn Prozent der Mitglieder zusammenkommen können bzw. nach welchen Kriterien und in welchem Zeitraum sich die Mitglieder zu organisieren haben.

4. Vgl. §§ 13 und 14 des Organisationsstatuts mit Stand 14. November 2009, aufgerufen im November 2011: <http://www.spd.de/linkableblob/1852/data/Organisationsstatut.pdf>

5. Vgl. www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,253038,00.html (aufgerufen im Oktober 2011).

derartige Entscheide undemokratisch, da Parteien, welche die Interessen des ganzen Volkes vertreten sollen, sich auf die Meinung einer kleinen Anzahl von Menschen (nämlich ihren Mitgliedern) stützen, die mitnichten einen Querschnitt durch die Bevölkerung darstellen.⁶ Sie würden zudem die Strategiefähigkeit der Parteispitze einengen (vgl. Schmid/Zolleis 2009: 282) und die Parteien dadurch möglicherweise sogar schwächen.

Dennoch braucht die SPD dringend attraktive Partizipationsmöglichkeiten, will man neue Mitglieder ansprechen und vorhandene stärker an die Partei binden. Nicht jedes Mitglied hat das Zeitbudget, sich im Rahmen »normaler« politischer Arbeit zu engagieren. Auch sollte man die Parteiangehörigen durch regelmäßige Wahlen an Sach- und Personalentscheidungen beteiligen. Nicht zuletzt die geringe Attraktivität der Partei infolge fehlender basisorientierter Prozesse der Willensbildung ist ein Grund für das schlechte Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl 2009 (vgl. Niedermayer 2011: 15). Und alle empirischen Untersuchungen von SPD-Mitgliedern ergeben schließlich, dass die Parteiangehörigen nach Möglichkeiten der Mitbestimmung in Form von Befragungen und Mitgliederentscheiden geradezu lechzen. Inwieweit diese Forderungen finanziell umsetzbar sind, bleibt abzuwarten. Fest steht jedoch: Will man einen großen Teil der Parteimitglieder beteiligen, kostet das die Partei viel Geld. Ebenso dürfen die bereits angesprochenen Probleme, die eine basisdemokratische Entscheidungsform mit sich bringen kann, nicht außer Acht gelassen werden. Dennoch: Die hohen Zustimmungswerte der Mitglieder in Bezug auf derartige Partizipationsformen lassen erkennen, dass deren systematische Umsetzung eine klare Attraktivitätssteigerung der Parteimitgliedschaft zur Folge haben wird. Dies kann der Partei durchaus neue Mitglieder bringen. Durch Mitgliederentscheide könnte zudem die Transparenz der politischen Entscheidungen erhöht und letztlich die Legitimität sowie das Vertrauen in die Politik gestärkt werden.

Öffnung der SPD nach außen

Ein weiterer Kern der Parteireform ist die Öffnung der Partei nach außen, um auch Nichtmitgliedern die Chance auf Partizipation zu geben. »Manche scheuen sich aber,

unserer Partei beizutreten, obwohl sie uns nahe stehen und gleiche Ziele verfolgen. Wer nicht Mitglied sein will, möchte sich vielleicht trotzdem zu uns bekennen oder sich mit uns zusamm tun, um ein konkretes Ziel zu erreichen – selbst wenn es nur kurzfristig ist. Je breiter wir in der Bevölkerung verankert sind, umso erfolgreicher können wir sein« (PV-Leitantrag: 7). Um dies zu erreichen, soll den Gliederungen ermöglicht werden, Nichtmitglieder an der Abstimmung zu Sachentscheidungen zu beteiligen. Eine Verpflichtung hierzu besteht laut Leitantrag jedoch nicht. Manifestiert wird die Angelegenheit in einer »Unterstützermgliedschaft«, die sich dahingehend äußert, dass Interessierte zukünftig Unterstützer einer bestimmten Arbeitsgemeinschaft oder eines Themenforums werden können. Innerhalb ihres Themengebietes können die Nichtmitglieder dann selbstbestimmt mitentscheiden.

Ursprünglich waren für Nichtmitglieder erheblich mehr Entscheidungskompetenzen angedacht. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel wollte gar Vorwahlen nach amerikanischem Vorbild, die jedem Wähler offen stehen würden. Nach teils harscher Kritik aus verschiedenen Untergliederungen sowie einem geteilten Medienecho ruderte die Parteispitze zurück und nahm diesen Passus nicht in den Leitantrag mit auf. Hier wurde auf die Befürchtungen der Mitglieder, dass durch eine verstärkte Einbeziehung von Nichtmitgliedern (auch in die Vorwahlen) die eigentliche Parteimitgliedschaft abgewertet werden könnte, Rücksicht genommen.

Grundsätzlich ist es natürlich sinnvoll, Nichtmitglieder in die Diskussionskultur der Partei einzubeziehen. Auch die Öffnung von Themenforen und Arbeitsgemeinschaften (zur temporären, thematisch bezogenen Mitarbeit) ist ein sinnvolles Mittel, um die Partei zu öffnen. Die neue Unterstützermgliedschaft, welche im Leitantrag diskutiert wird, ist ein guter Schritt, Unentschlossene ein Stück weit an die Partei zu binden, ohne sie gleich zu vereinnahmen. Warum hier allerdings ein Jahresbeitrag (in der Diskussion sind derzeit 30 Euro) von den Unterstützerinnen und Unterstützern verlangt wird, erschließt sich einem allerdings nicht auf Anhieb. Eine derartige »Mitgliedschaft« (die im eigentlichen Sinne gar keine Mitgliedschaft ist), sollte grundsätzlich zeitlich befristet und beitragsfrei sein, um die Beitritts hemmnisse abzubauen. Indem die Partei sich auf einen Jahresbeitrag von 30 Euro festlegt (übrigens genau der Beitrag, den viele Vollmitglieder tatsächlich nur zahlen), schwächt sie den Typus der Unterstützerin

6. Stellvertretend für die kritischen Stimmen siehe Dittberner (2004), S. 255–263.

bzw. des Unterstützers, bevor dieser überhaupt eingeführt ist.

Stärkung der Ortsvereine

Gemäß dem deutschen Parteiengesetz findet die politische Willensbildung direkt vor Ort, in sogenannten Ortsvereinen, statt. Da das Wohnortprinzip an der Lebenswirklichkeit vieler Menschen vorbeigeht, strebt die SPD eine Änderung des Parteiengesetzes an, um dieses Prinzip zu lockern (PV-Leitantrag: 13).

Liefert der Ortsverein auch noch so viele Probleme und Diskussionsstoff – dennoch gilt, dass »wir uns dazu [bekennen], den Ortsverein als Keimzelle unserer Partei so lebendig wie möglich zu gestalten. Mitglieder sollen hier gerne einen Teil ihrer Freizeit verbringen« (PV-Leitantrag: 9). Der Ortsverein sei deshalb wichtig, so der Parteivorstand, weil die Mitglieder in ihm Politik direkt vor Ort gestalten können. Schule, Ausbildungsplätze, Infrastruktur – all diese Themenfelder sind vor Ort sichtbar und machen Politik damit auch für den Einzelnen greifbar. Kleine Ortsvereine sollen zunehmend durch Hilfsangebote von lästigen Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Können Ortsvereine ihre Arbeit auf Dauer nicht mehr bewältigen, sollen verstärkt Fusionen vorgenommen werden, um die Arbeitsfähigkeit der mitgliederführenden Ebene wiederherzustellen. Des Weiteren sollen beispielsweise überregionale Themenforen organisiert werden, damit die Ortsvereine auch relevante (bundes-)politische Themen umfassend diskutieren können.

Vergleicht man den Passus über die Ortsvereine mit den Diskussionsansätzen aus den Werkstattgesprächen, so ist dieser auf den ersten Blick ganz klar als Enttäuschung zu sehen. Liest man allerdings zwischen den Zeilen, so wird deutlich, dass der Ortsverein zwar nicht im Kern angefasst wird, sich gleichwohl als Organisationseinheit am stärksten zu hinterfragen bzw. zu reformieren hat. Als Folge der Mitgliederverluste hat sich die SPD-Organisationsstruktur in den letzten Jahren deutlich verschlankt. Bereits im Jahr 2006 zählte die Partei bundesweit nur noch etwa 9 300 Ortsvereine, obwohl man offiziell immer noch von etwa 12 000 Ortsvereinen sprach. Damals hatten mehr als die Hälfte der Ortsvereine weniger als 50 und nur noch 427 Ortsvereine mehr als 200 Mitglieder

(vgl. Mielke 2009: 63f.)⁷ Innerhalb der letzten drei bis vier Jahre hat sich die Situation diesbezüglich nochmals erheblich verschlechtert. Ende 2010 hatte die SPD bundesweit weniger als 9 000 Ortsvereine – und die Mehrheit dieser Ortsvereine hatte weniger als 50 aktive Parteimitglieder. Auch die Anzahl der Ortsvereine mit über 200 zahlenden Mitgliedern hat sich gegenüber 2006 noch einmal verringert.). Der Reformbedarf ist also offensichtlich gegeben. Der Ansatz, inaktive Ortsvereine zu fusionieren, ist deshalb genau der richtige. Einer schrittweisen Abkehr vom Ortsverein, wie in früheren Gesprächsrunden noch diskutiert, hat man nun endgültig den Rücken gekehrt.

Es werden auch keine klaren Alternativen zum Ortsverein mehr angesprochen. Die Partei versteckt sich an dieser Stelle ein bisschen hinter der Änderung des Parteiengesetzes, welche ohne eine Unterstützung der anderen Parteien im Bundestag nicht erfolgen kann. Dies ist schade, hätte man doch, gerade nach den vielen kritischen innerparteilichen Stimmen und dem hier beschriebenen Organisationsmodell, Reformschritte erwarten können. An der Lebenswirklichkeit vieler (und besonders einer jungen, mobilen Generation) geht das Prinzip des Ortsvereins, mit seiner verkrusteten Struktur und seinen altbackenen Ritualen, eindeutig vorbei.

Zusammenarbeit mit Vorfeldorganisationen

Die Vernetzung einer Partei in verschiedene gesellschaftliche Bereiche ist von ungemeiner Wichtigkeit, um Parteipositionen mehrheitsfähig zu machen und die Bürgerinnen und Bürger für die eigene Politik zu sensibilisieren. Dies erkennt auch der SPD-Parteivorstand an und lädt deshalb verschiedene Organisationen, welche den Werten der SPD (Freiheit, Gleichheit und Solidarität) nahe stehen, zur Zusammenarbeit ein. Ein Hauptaugenmerk legt man hier sicherlich auf die Kooperation mit den Gewerkschaften, da diese ehemals so starke Verbindung in den Regierungsjahren von 1998 bis 2005 doch erheblich gelitten hat. Aber auch gesellschaftliche Initiativen, sowie Kirchen- und Religionsgemeinschaften werden im Leitantrag ausdrücklich erwähnt. All diesen befreundeten Organisationen soll zukünftig gar ein Rede- und Antragsrecht auf Parteitag der SPD eingeräumt werden.

7. Dies ist besonders deshalb ein besorgniserregender Zustand, da die Forschung davon ausgeht, dass nur etwa zehn bis 25 Prozent der Parteimitglieder aktiv in der Partei mitarbeiten.

Die Ergebnisse der Ortsvereinsbefragung haben gezeigt: Die Zusammenarbeit der Ortsvereine mit Vorfeldorganisationen ist katastrophal. Von daher ist der hier diskutierte Ansatz, die Zusammenarbeit auszubauen, indem man gemeinsame Veranstaltungen durchführt oder offene Diskussionsveranstaltungen organisiert, sicherlich der richtige Weg, denn eine gute Vernetzung der Organisationsebenen zu Vorfeldorganisationen kann zu mehr Parteimitgliedern führen. Jedoch gilt auch hier: Eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Organisationen auf Ortsvereinsebene lässt sich nicht erzwingen. Hier ist vielmehr ein Anreizsystem (zum Beispiel die finanzielle Beteiligung des Unterbezirks an der Durchführung derartiger Veranstaltungen) vonnöten, damit die Ortsvereine erkennen, dass es lohnenswert sein kann, sich gegenüber solchen Vorfeldorganisationen zu öffnen. Sollte der geplante Innovationsfonds bei derartigen Veranstaltungen greifen, so ist er eine gute Maßnahme!

Reform der Parteigremien

Neben der Beteiligung von Nichtmitgliedern hat sicherlich die Reform der Parteigremien die größten medialen Wellen geschlagen. Der Parteivorstand soll von derzeit über 50 Mitgliedern auf maximal 35 Mitglieder verkleinert werden. Der Parteirat wird gänzlich abgeschafft und durch einen Parteikonvent ersetzt, der in Form eines »kleinen Parteitags« mit 200 Delegierten aus den unterschiedlichen Landesverbänden und Bezirken mindestens zweimal im Jahr zusammentrifft. Darüber hinaus soll die während der Parteireform bereits zweimal durchgeführte Konferenz aller Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden zu einer dauerhaften Institution werden und mindestens einmal im Jahr stattfinden. Nicht zuletzt soll der Bundesparteitag von derzeit 480 Delegierten auf 600 Delegierte erweitert werden.

Internet

Auch die Sozialdemokraten haben erkannt, dass das Internet, gerade bei jungen Menschen, eine immer größere Rolle spielt. Mit dem Relaunch der Website www.spd.de im Jahr 2011 wurde der verstärkten Webkommunikation bereits Rechnung getragen. Die Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder im Internet sollen jedoch noch weiter ausgebaut werden. Bereits heute gibt es die Möglichkeit Antrags- und Rederecht auf Parteitag mittels Themen-

foren im Internet zu organisieren. »Online-Anträge sollen zunehmend zum Bestandteil der Beratungen auf Parteitag gehören« (PV-Leitantrag: 13). Die angestrebte Änderung des Parteiengesetzes (Stichwort: weg vom Wohnortprinzip) trägt ebenfalls zu einer Stärkung der Internetkommunikation bei.

Parteifinanzen

Die Beiträge der Mitglieder machen einen gewichtigen Teil innerhalb des Finanzbudgets der Partei aus, werden jedoch immer geringer (von knapp 54 Millionen Euro im Jahr 2003 auf 46 Millionen im Jahr 2009). Die derzeit gültige Beitragstabelle sieht einen monatlichen Beitrag von fünf bis acht Euro bei einem Nettoeinkommen von bis zu 1 000 Euro vor. Acht bis 25 Euro werden bei einem Nettoeinkommen von bis zu 1 500 Euro verlangt und bei einem Einkommen von bis zu 2 000 Euro werden sogar 25 bis 55 Euro Mitgliedsbeitrag fällig.

Um Abhilfe zu schaffen (viele finden diese Beitragstabelle zu hoch), soll auf dem Bundesparteitag eine neue Finanzordnung verabschiedet werden. Der monatliche Mindestbeitrag von fünf Euro gilt auch weiterhin (2,50 Euro ist der Sonderbeitrag für Schüler, Studierende, Rentner und Arbeitslose). Die weiteren Stufen sind übersichtlicher gestaltet und geben, je nach Gehalt, drei feste Beitragsätze zur Auswahl aus. So kann bei einem monatlichen Nettoeinkommen von bis zu 2 000 Euro nun zwischen den festen Beiträgen 7,50 Euro, 15 Euro und 20 Euro ausgewählt werden. Bei Nettoeinkommen von bis zu 3 000 Euro werden 25 Euro, 30 Euro oder 35 Euro fällig. Mandatsträger erhalten zudem eine gesonderte Beitragstabelle, da von ihnen selbstverständlich höhere Abgaben erwartet werden.

Die neue, mit weniger Stufen versehene Beitragstabelle kann unter Umständen dazu führen, dass die Mitglieder monatlich mehr zahlen – so hofft es zumindest der Parteivorstand. Die Hoffnung ist aber auch durchaus berechtigt, hat schließlich die alte Beitragstabelle mit ihren hohen Beiträgen (übrigens die höchsten aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien) eher abgeschreckt. Auch bei der neuen Finanzordnung wird selbstverständlich die freiwillige Selbsteingruppierung erhalten bleiben.

Bildung, Lebenswirklichkeit und Migrationsquote

Es gibt noch weitere Ansätze im Leitantrag, die nicht unerwähnt bleiben sollen. So wird beispielsweise die Rolle der Parteischule als Ort der Qualifizierung von Amts- und Mandatsträger genannt. Zudem wird darauf hingewiesen, dass sich die Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb der Partei stärker an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren müssen. In diesem Zusammenhang zu nennende Stichworte sind Ortsungebundenheit sowie die Vereinbarkeit von politischer Teilhabe, Beruf und Familie. Um auch dem stärkeren Anteil an Migrant*innen in der Gesellschaft gerecht zu werden, sollen auf der Ebene der Bundespartei künftig alle Gremien eine Migrationsquote von 15 Prozent erfüllen. Die unteren Gliederungsebenen werden ebenfalls dazu aufgefordert, sich diesbezüglich eigene Ziele zu setzen.

Die Organisation der Parteireform

Wurden frühere Parteireformen meist in kleinem Kreis auf der Ebene des Parteivorstands ersonnen, so wurde für die nun mittlerweile fünfte Parteireform innerhalb der letzten 20 Jahre eine gänzlich andere Vorgehensweise gewählt: Zum ersten Mal erhielten die Parteimitglieder von Beginn an die Chance, den Reformprozess aktiv mitzugestalten. Dies ist insofern wichtig, als die letzten Parteireformen nicht den nötigen Schwung zur Umsetzung im Alltag gebracht haben, da die Parteimitglieder vor vollendete Tatsachen gestellt wurden und an der Ausformulierung von Inhalten nicht beteiligt waren.

Warum ist es wichtig, bei Reformmaßnahmen die ganze Partei mitzunehmen? Parteien können sich nur so weit wandeln und reformieren, wie es die Parteistruktur im Allgemeinen, das Innere der Partei und die Beziehungen einzelner Akteure innerhalb der Parteiorganisation zulassen (vgl. Wiesendahl 2010: 36). Es gibt viele Möglichkeiten, die Parteiorganisation umzugestalten. So können beispielsweise die Einflussmöglichkeiten der Mitglieder durch die Ausweitung innerpartizipatorischer Maßnahmen (sowohl inhaltlich-programmatischer als auch organisationsbezogener Natur) ausgebaut werden. Ebenso kann sich eine Partei nach außen öffnen und Nichtmitgliedern bzw. Sympathisanten verstärkt Möglichkeiten zur Beteiligung an innerparteilichen Prozessen einräumen. Beide Möglichkeiten (von der SPD auch als die

Kernthemen der aktuellen Parteireform benannt) bergen Konfliktpotenzial und können somit zu Spannungen innerhalb der Partei führen. Da es sich bei Parteien um sogenannte »Freiwilligenorganisationen« handelt, können die Mitglieder nicht zur Mitarbeit gezwungen oder verpflichtet werden. Daher ist bei Veränderungen eine Berücksichtigung der gesamten Partei unabdingbar. Gerade bei einer fragmentierten Parteiorganisation, wie sie die SPD vorzuweisen hat, ist dies wichtig. Die Sozialdemokratinnen und -demokraten sind nicht hierarchisch in Top-Down-Perspektive organisiert, sie folgen vielmehr dem Prinzip der »lose verkoppelten Anarchie«⁸. Dies bedeutet, dass keine starke Parteiführung die gesamte Partei von oben nach unten durchdringen kann, da es auf den einzelnen Ebenen unterhalb der Parteiführung starke Eliten gibt. Die Landesverbände und Unterbezirke stellen eine eigene Organisationseinheit dar und müssen folglich in die Reformmaßnahmen umfassend integriert werden. Dies ist nicht zuletzt dadurch bedingt, dass die regionalen Eliten mitunter Einbußen ihrer Kompetenzen zu befürchten hätten, sollten die »einfachen« Parteimitglieder mehr Mitbestimmungskompetenzen erhalten. Eine Entscheidungspolitik weg von den Hinterzimmern könnte die Folge sein. Auch verschiedene Interessenkonstellationen der beteiligten Akteure können dem Wandel entgegenstehen. Interne Machtkämpfe und die beschränkte Steuerung durch die Parteispitze erschweren ebenfalls den Wandel. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass alle Organisationseinheiten bei innerparteilichen Reformen »mitgenommen« werden, da eine rationale Durchorganisation von oben in derart fragmentierten Strukturen schwer möglich ist.⁹ Nur durch gemeinsames Handeln sind die Ziele zu erreichen. Gleichwohl muss die »Schirmherrschaft« von einem starken Party Central Office ausgehen, welches die Reform koordiniert und Impulse gibt.

Ein durchaus wichtiger Faktor bei der Durchführung von Reformen ist deshalb auch die innerparteiliche Akzep-

8. Dieses Prinzip bedeutet, dass die einzelnen Organisationssegmente innerhalb der SPD eine relative Autonomie besitzen. Dies gilt sowohl für die horizontale (Parteivorstand, Landesparteien, Bezirke und Ortsvereine) als auch für die vertikale Ebene (einzelne Arbeitsgemeinschaften wie zum Beispiel die Jusos oder die AG 60+) und macht es für die Parteiführung schwierig, die Entwicklung von oben zielgerichtet zu steuern. Die Organisationssegmente verfolgen mitunter auch verschiedene Ziele. Teilweise wird auch direkt gegeneinander vorgegangen, um eigene Vorstellungen innerparteilich durchzusetzen.

9. Für die derzeitige Parteireform trifft dies umso mehr zu, da alle Ebenen der Partei von den Auswirkungen direkt betroffen sein werden. Bei einer Reform, die sich einzig auf die Professionalisierung des Parteiapparates oder Ähnliches konzentriert, ist der Faktor der Mitarbeit aller Gliederungsebenen deshalb nicht so bedeutend.

tanz. Es sollte eine Bereitschaft geben, die neuen »Gesetzmäßigkeiten« aktiv zu übernehmen und auszugestalten. Die Betroffenen (in diesem Fall die Parteimitglieder) müssen selbst die Notwendigkeit des Wandels erkennen. Oftmals entscheidet auch der Zeitpunkt, ob eine Wandlungsmaßnahme Akzeptanz findet oder nicht (vgl. Endruweit 2004: 264f). Zudem ist es wahrscheinlich, dass Organisationsmaßnahmen, die sich (vermeintlich) positiv auf die zu reorganisierende Gruppe (also zum Beispiel die Ausweitung der Partizipationsrechte von Parteimitgliedern) auswirken, eher Akzeptanz finden als Reformen, die keine oder sogar eine negative Auswirkung auf die Parteimitglieder haben. Eine Akzeptanz ist zudem wichtig, da Regeln und Strukturen umso schwieriger zu ändern sind, je länger sie bereits andauern.

Wie wurde die Parteireform konkret gestaltet?

Der erste Schritt der Parteireform war eine Befragung aller SPD-Ortsvereine und Unterbezirke/Kreisverbände, die von März bis Mai 2010 stattfand. Anschließend wurde den verschiedenen Gliederungsebenen der Partei Zeit bis zum Herbst 2010 gegeben, um die Ergebnisse in den Ortsvereinen, den Unterbezirken/Kreisverbänden sowie den Gremien der Partei zu diskutieren und zu analysieren. Auf Basis der Ergebnisse dieser Befragungen entwickelte der Parteivorstand die Themen, welche dann ab jenem Herbst in sogenannten Werkstattgesprächen beim SPD-Parteivorstand diskutiert wurden. An diesen Gesprächen nahmen Vertreter der verschiedensten Gliederungsebenen teil und erarbeiteten Vorschläge zu den unterschiedlichen Bereichen und Zielen der Reform. Darüber hinaus wurde ein Parteibeirat gebildet, der sich vor und nach den Werkstattgesprächen getroffen hat, um selbst Einschätzungen über Ziele und Wegmarken der Parteireform abzugeben. Hier diskutierten hauptsächlich Wissenschaftler sowie Experten anderer Organisationen, Verbände und Unternehmen. Eine Steuerungsgruppe innerhalb des Willy-Brandt-Hauses, bestehend aus der Generalsekretärin, der Bundesgeschäftsführerin, der Schatzmeisterin und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Parteivorstands, begleitete die Werkstattgespräche fortwährend.

Nach Abschluss der Werkstattgespräche wurde auf der Ebene des Parteivorstands im April 2011 eine organisationspolitische Kommission mit Vertreterinnen und Ver-

tretern aller SPD-Landesverbände und -bezirke gebildet, um die bis dahin stattgefundenen Diskussionen zur Parteireform aufzunehmen und aus deren Ergebnissen eigene Vorschläge zu bilden bzw. die bereits erbrachten Vorschläge zu konkretisieren. Darüber hinaus entwarf die Generalsekretärin Andrea Nahles ein organisationspolitisches Grundsatzprogramm. Ebenfalls einbezogen wurden alle Unterbezirke und Kreisverbände, welche im Mai 2011 zu einer zweiten Parteireformkonferenz eingeladen wurden. Anschließend hatten die SPD-Gliederungen bis zum Herbst 2011 Zeit, die Vorschläge der organisationspolitischen Kommission zu sichten, zu analysieren, zu beraten und zu diskutieren. Hierfür besuchten der Parteivorsitzende und die Generalsekretärin alle Landesverbände und Bezirke der SPD. Das neue organisationspolitische Grundsatzprogramm, in dem organisatorische Leitlinien formuliert sein werden, soll im Dezember 2011 auf dem ordentlichen Bundesparteitag vorgestellt und beschlossen werden.

Die Herangehensweise an die aktuelle Parteireform ist eine gänzlich andere, als es bei Reformbestrebungen in der Vergangenheit der Fall war. Wurden früher Projekt- oder Arbeitsgruppen auf der Ebene des Parteivorstands installiert, so hat man sich dieses Mal bewusst für eine andere Herangehensweise entschieden. Unter dem Motto »Erst die Partei, dann die Kommission« wurden zunächst alle Ortsvereine und Unterbezirke/Kreisverbände befragt. Die Ergebnisse dienten als Grundlage für den weiteren Ablauf der Reform. Zwar hatte sich der Parteivorstand schon ein Grundkonzept überlegt – wie zum Beispiel die Durchführung der Werkstattgespräche –, die konkreten Themen wurden aber erst nach der Analyse der Befragungsergebnisse festgelegt. »Der Prozess der Parteireform, so wie er angelegt ist, ist schon ein Stück Parteireform.«¹⁰ Ebenso neu ist die Tatsache, dass es im Vorfeld keine feste Terminierung des Abschlusses der Parteireform gab, wie dies bei früheren Reformen der Fall war. Zwar wurde mit der Verabschiedung des organisationspolitischen Grundsatzprogramms bewusst der Dezember 2011 als Zwischenmarke gesetzt – »[die] Parteireform soll [jedoch] als dauerhaftes Ziel in die Partei implementiert werden und ein permanenter Prozess bleiben«¹¹. Auch der finanzielle Aufwand, der im Zuge der Reform betrieben wird, lässt auf die Ernsthaftigkeit

10. Aussage des Abteilungsleiters »Parteileben« beim SPD-Parteivorstand, Jürgen Hitzges.

11. Ebd.

schließen, mit der die Sozialdemokratinnen und -demokraten das Projekt angehen: Es wird mehr Geld ausgegeben, als dies bei allen früheren Parteireformen zusammengekommen der Fall war.

Damit eine Parteireform ein Erfolg wird, muss sie glaubwürdig gestaltet werden. Die Herangehensweise der Parteispitze unterstreicht die Ernsthaftigkeit, mit der das Reformprojekt verfolgt wird. Indem man zunächst umfassend die Parteibasis befragte und die bei der Befragung geäußerten Wünsche zur Organisationsveränderung in die Diskussionen der Werkstattgespräche aufnahm, dürfte man sich die innerparteiliche Akzeptanz für die Durchführung von Reformen gesichert haben. Dass zudem alle Landesverbände und Bezirke umfassend in die Ausarbeitung der Vorschläge einbezogen werden, zeigt, dass die Parteispitze gewillt ist, wirklich alle Organisationsebenen innerhalb der Partei einzubeziehen. Ein wichtiges Kriterium für eine erfolgreiche Organisationsreform ist auch, wie Untersuchungen im europäischen Ausland belegen, in der Kontinuität des Führungspersonals zu sehen. Dies bestätigen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parteivorstands, die angeben, dass frühere Parteireformen häufig an Führungswechseln in der Parteispitze gescheitert sind, da sich die neuen Personen oftmals anderen Themen zugewandt haben. Es ist jedoch nicht nur die organisatorische Herangehensweise wichtig. Vielmehr sind es die konkreten Maßnahmen, die letztlich über Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Dass eine derart aufwendige Herangehensweise sicherlich auch Erwartungen in der Partei weckt, dürfte der Führung bewusst sein.

Im Folgenden sollen zunächst die Wünsche der Parteibasis auf Grundlage der Ergebnisse der Ortsvereins- und Unterbezirks-/Kreisverbandsbefragung analysiert werden, bevor anschließend die Diskussionen und Vorschläge des gesamten Prozesses dargestellt werden sollen. Dabei wird folgenden Fragen nachgegangen: Welche Vorschläge haben es in den Leitantrag geschafft, welche nicht? Wo mussten Abstriche gemacht werden?

Die Meinung der Mitglieder zählt: Die bundesweite Befragung der Ortsvereine

Die Rahmenbedingungen

Zu Beginn des Reformprozesses fand eine bundesweite Ortsvereins- und Unterbezirks-/Kreisverbandsbefragung statt, die bereits im Oktober 2009 von Sigmar Gabriel und Andrea Nahles angekündigt wurde. Zu dieser in ihrer Dimension bisher einmaligen Befragung wurden an insgesamt über 9000 Ortsvereine und circa 400 Unterbezirke/Kreisverbände Fragebögen verschickt, was einen hohen personellen und finanziellen Aufwand bedeutete. Die Parteiblätter *Intern* und *Vorwärts* begleiteten die Befragung öffentlichkeitswirksam in ihren jeweiligen Ausgaben. Die Befragung sollte »die Basis für die Erneuerung unserer SPD legen«.¹² Für den gesamten Reformprozess dienen die Befragungsergebnisse als »Grundlage«, wie die Bundesgeschäftsführerin der SPD, Astrid Klug, im Begleitschreiben des Fragebogens deutlich machte. Ihr Anschreiben endet mit dem Versprechen, dass »dies erst der Anfang eines ständigen Dialogs innerhalb der SPD« sei.

Der Ortsvereinsfragebogen wurde an die jeweiligen Vorsitzenden der Ortsvereine geschickt. Der Idealfall war so gedacht, dass der Fragebogen im Rahmen einer Ortsvereinsitzung zusammen mit den Mitgliedern ausgefüllt werden sollte. Eine Auswertung durch die Sozial- und Marktforschungsgesellschaft *polis+sinus* ergab, dass sich im Durchschnitt 9,3 Mitglieder je Ortsverein an der Beantwortung der Fragen beteiligten. 19,1 Prozent der befragten Ortsvereinsvorsitzenden gaben an, dass sich weniger als fünf Mitglieder beteiligten, bei elf Prozent der teilgenommenen Ortsvereine waren es mehr als 15 Personen. Der Rücklauf der Ortsvereinsbefragung war deutlich höher, als im Vorfeld erwartet: Insgesamt beteiligten sich 44 Prozent aller Ortsvereine. Die höchste Quote erzielte dabei der Berliner Landesverband, bei dem sich insgesamt 69,17 Prozent der Ortsvereine (83 von 120) beteiligten. Der schlechteste Beteiligungswert eines Landesverbands/Bezirk lag bei insgesamt 28,79 Prozent aller Ortsvereine. Im Gegensatz zu den Ortsvereinsfragebögen sollten die Unterbezirks-/Kreisverbandsbögen nur von den Vorsitzenden ausgefüllt werden. Der Rücklauf ist überraschenderweise nicht deutlich höher ausgefallen als bei der Ortsvereinsbefragung. Insgesamt beteiligten sich

12. Sigmar Gabriel (Parteivorsitzender) und Andrea Nahles (Generalsekretärin) in einem Informationsschreiben an die Ortsvereine im März 2010.



»nur« 55,93 Prozent. Die Antwortquoten reichen hierbei vom Spitzenwert mit 94,4 Prozent bis zum schlechtesten Wert von 28,57 Prozent.

Die Ortsvereins- und Unterbezirks-/Kreisverbandsbefragung wird von der SPD als klarer Erfolg gewertet. »Wir haben eine konstruktive und produktive erste Phase der Parteireform erlebt«, so Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug. Und die Generalsekretärin Andrea Nahles bilanziert angesichts der positiven Antwortquoten: »Die Ortsvereinsbefragung zeigt, dass unsere Partei quicklebendig ist.«

Vier Themenkomplexe wurden im Fragebogen abgehandelt: Der Wahlkampf 2009, Einschätzungen zu inhaltlichen Themen, Struktur und Organisation der Gliederungen sowie inhaltliche Fragen zur Reform der Organisation. Für die Parteireform sind indes nur die letzten beiden Themenfelder von Relevanz.

Die Ergebnisse der Befragung

Was die Einordnung der Ergebnisse angeht, so ist der Parteivorstand vorsichtig. Es könne durchaus sein, dass einige Ortsvereine so geantwortet hätten, wie sie sich selbst sehen und nicht so, wie die Realität aussieht, heißt es.

Außerdem muss bei der Analyse der Antworten Folgendes beachtet werden: Es haben »nur« 44 Prozent aller Ortsvereine teilgenommen – was im Umkehrschluss bedeutet, dass sich mehr als die Hälfte der Ortsvereine enthalten haben. Es gibt zwar vom SPD-Parteivorstand keine offizielle Untersuchung, aber es ist zumindest zu

vermuten, dass eher aktivere Ortsvereine an der Befragung teilnahmen als Ortsvereine, die organisationstechnisch kaum arbeitsfähig sind. Sieht man davon ab, dass sich einige Ortsvereine bewusst der Teilnahme verweigerten¹³, so bleiben immer noch rund die Hälfte der Ortsvereine, die (aus welchen Gründen auch immer) nicht an der Befragung teilnahmen.

Bei den Fragen nach der zukünftigen Einbeziehung der Basis in Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse herrscht sowohl unter den Ortsvereinen als auch bei den Unterbezirken und Kreisverbänden ein sehr einheitliches Bild (in Klammern jeweils die Ergebnisse der Unterbezirks-/Kreisverbandsbefragung, gilt für alle Tabellen).¹⁴

Anhand der Ergebnisse ist zu erkennen, dass vonseiten der Ortsvereine ein sehr großer Wunsch nach Einbeziehung und Beteiligung am politischen Geschehen existiert. Hierbei fallen besonders die Werte für die Instrumente »Mitgliederbefragung« und »Mitgliederentscheid« auf, die klassische Instrumente der innerparteilichen Partizipation sind. Zudem wurde durch die Analyse der offenen Fragen des Fragebogens deutlich, dass die Mitglieder »bei programmatischen Positionierungen deutlich stärker mitreden wollen, als es in der Vergangenheit praktiziert wurde«¹⁵. Bei den Unterbezirken und Kreisverbänden sind besonders die Wünsche nach regionalen Konferenzen zu inhaltlichen Themen und Angeboten zu konkre-

13. Das Referat Parteiorganisation erhielt etwa zwei Dutzend E-Mails, in denen eine Verweigerung an der Teilnahme der Fragebogenaktion ausgesprochen wurde.

14. Dies veranschaulichen die folgenden Zahlen, wobei nur die Antworten »auf jeden Fall« und »eher ja« dargestellt wurden. Die übrigen Prozente verteilen sich auf die Antworten »eher nein« und »auf keinen Fall«.

15. Einschätzung der Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug. Zu finden bei: SPD-Parteivorstand und Bundestagsfraktion (2010b), S. 2.

Instrument	»auf jeden Fall«	»eher ja«	kumuliert*
Mitgliederbefragung	54,3 % (40,7 %)	36,3 % (47,2 %)	90,9 % (87,9 %)
Mitgliederentscheide	38,0 % (17,1 %)	41,0 % (51,4 %)	79,1 % (68,5 %)
Ortsvereinsbefragungen	43,9 % (31,9 %)	42,9 % (48,6 %)	86,8 % (80,7 %)
Regionale Konferenzen zu inhaltlichen Themen	30,9 % (55,1 %)	49,6 % (37,5 %)	80,5 % (92,6 %)
Angebote zu konkreten politischen Themen	25,7 % (51,4 %)	54,4 % (41,2 %)	80,1 % (92,6 %)
Meinungsbildung im Web 2.0	10,9 % (18,5 %)	40,8 % (50,9 %)	51,7 % (69,4 %)
Schulungs-/Seminarangebote	25,5 % (44,0 %)	52,5 % (45,4 %)	78,1 % (89,4 %)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten von *polis+sinus*.

* Einige Ortsvereine machten bei den Fragen keine Angaben (wobei dieser Wert immer unter zwei Prozent liegt), weshalb die kumulierte Zahl gegenüber den ersten beiden abweicht.

ten politischen Themen verankert – beide Punkte erreichen Zustimmungsraten von über 90 Prozent.

Für den Parteivorstand ist die verstärkte Einbeziehung von Nichtmitgliedern ein zentraler Bestandteil der Parteireform. Die Mitglieder selbst differenzieren hier sehr stark zwischen einer unverbindlichen Beteiligung und verbindlichen Entscheidungen. Die Frage »Sollen diese Beteiligungsformen auch für Nichtmitglieder geöffnet werden?«, beantworteten die Ortsvereine und Unterbezirke/Kreisverbände wie folgt:

Art der Einbeziehung von Nichtmitgliedern	»ja«	»nein«
Befragungen zu inhaltlichen Positionen	78,8 % (86,1 %)	19,8 % (13,4 %)
Entscheide zu inhaltlichen Positionen	12,2 % (9,3 %)	86,2 % (89,8 %)
Auswahl von Kandidaten für öffentliche Ämter	31,7 % (27,3 %)	66,6 % (70,4 %)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten von *polis+sinus*.

Aus den Ergebnissen lässt sich ganz klar folgender Schluss ziehen: Ja, eine Befragung von Nichtmitgliedern ist uns sehr willkommen, aber entscheiden dürfen sie bitte möglichst nichts. Befragungen von Nichtmitgliedern zu inhaltlichen Positionen stehen die Unterbezirke noch aufgeschlossener gegenüber als die Ortsvereine, wobei Entscheide zu inhaltlichen Positionen dort stärker abgelehnt werden. Von entscheidender Bedeutung (auch für die spätere Parteireform) ist der organisatorische Zustand der Unterbezirke und Kreisverbände, da diese für die mitgliederführenden Ortsvereine bei jeglichen Anfragen Ansprechpartner und Unterstützer sind. Darüber hinaus koordiniert diese Ebene das Ein- und Austrittsmanagement. Insgesamt verfügen vier von fünf Unterbezirken/ Kreisverbänden (81 Prozent) über eine eigene Geschäftsstelle (38 Prozent mit einem Mitarbeiter, 37 Prozent mit zwei Mitarbeitern).

Für die Parteireform von besonderer Bedeutung waren auch die Fragen zur inneren Struktur der Ortsvereine. Die Antworten zeigen dem Parteivorstand auf, wie es wirklich um die Arbeitsfähigkeit der Ortsvereine steht. Da der Erstkontakt mit Neumitgliedern immer über den Ortsverein läuft, ist es wichtig, dass arbeitsfähige Strukturen vorhanden sind. Die Ergebnisse der Befragung geben allerdings wenig Anlass zur Hoffnung. So ist beispielsweise die Zahl der politischen Veranstaltungen im Ortsverein

sehr gering. 8,1 Prozent der befragten Ortsvereine führen keine politischen Veranstaltungen im Jahr durch. Bei 19,5 Prozent ist es eine Veranstaltung, bei 25,1 Prozent sind es zwei Veranstaltungen. Nur 19,2 Prozent der Ortsvereine laden mindestens fünfmal im Jahr zur politischen Diskussion ein. Auch die Anzahl der Mitgliederversammlungen ist sehr gering. Mehr als die Hälfte der Ortsvereine (50,8 Prozent) führen nur ein bis zwei Mitgliederversammlungen im Jahr durch.

Nicht minder interessant ist auch die Frage nach der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, da hier deutlich wird, wie wenig vernetzt die Ortsvereine und Unterbezirke/Kreisverbände in der Gesellschaft wirklich sind.

Zusammenarbeit mit:	ja, regelmäßig	ja, gelegentlich	nein
Sozialverbänden	12,1 % (20,8 %)	36,9 % (62,0 %)	47,0 % (14,4 %)
Sportvereinen	12,9 % (7,9 %)	40,9 % (43,5 %)	42,4 % (42,1 %)
Gewerkschaften	8,0 % (38,1 %)	29,2 % (50,9 %)	57,6 % (10,6 %)
Arbeitgebern	3,0 % (5,1 %)	20,7 % (39,8 %)	70,4 % (47,7 %)
Kultur	11,2 % (9,7 %)	38,9 % (48,1 %)	44,6 % (36,6 %)
Kirchen	7,2 % (6,0 %)	34,5 % (42,3 %)	53,4 % (36,6 %)
Freizeitorganisationen	5,7 % (2,3 %)	24,3 % (25,5 %)	63,2 % (61,6 %)
Jugendverbänden/-initiativen	8,2 % (10,6 %)	34,1 % (51,4 %)	51,9 % (31,5 %)
Umweltschutzverbänden/-initiativen	4,7 % (6,0 %)	28,1 % (56,5 %)	60,9 % (30,6 %)
Bürgerinitiativen	10,2 % (6,9 %)	38,4 % (62,0 %)	46,0 % (24,1 %)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten von *polis+sinus*.

Findet zumindest eine gelegentliche Zusammenarbeit statt, so sind dies in den meisten Fällen nur Gespräche, selten gemeinsame Veranstaltungen.¹⁶ Bei den Unterbe-

16. Walter Ruhland, Geschäftsführer von *polis+sinus*, verwies darauf, dass Ortsvereine, welche möglicherweise in den letzten Jahren nur ein einziges Gespräch geführt haben oder die ein in einer anderen Organisation vernetztes Mitglied haben, bereits »gelegentlich« ankreuzen. Dies lässt die Zahlen noch verheerender erscheinen.



zirken/Kreisverbänden sind die Werte zwar durchgehend höher – gleichwohl besteht hier aber auch »noch deutlich Luft nach oben«¹⁷. Bedenkt man, dass die Unterbezirke/Kreisverbände im Schnitt 1 250 Mitglieder repräsentieren, so sind diese Ergebnisse eine Katastrophe. Der Parteivorstand geht davon aus, dass die tatsächlichen Werte sogar noch geringer sein werden, als in den Befragungen angegeben. Dies ergebe sich allein aus der Tatsache, dass die Hälfte nicht geantwortet hat und diejenigen, die geantwortet haben, sich vermutlich positiver einschätzen, als dies in der Realität der Fall ist, heißt es.

Dass eine Öffnung der Partei nach außen immens wichtig ist, um der *closed-shop*-Mentalität zu entgegnen, zeigt die Frage nach der Durchführung von Projekten mit Bürgerinnen und Bürgern (außerhalb der eigenen Mitgliedschaft). 66 Prozent der Ortsvereine haben solche Veranstaltungen noch nie durchgeführt – nur bei 14,5 Prozent wurden Projekte dieser Art bisher umgesetzt. Die Mitgliedergewinnung spielte in der untersten Ebene der SPD-Parteiorganisation bisher noch keine große Rolle. 78,3 Prozent der Ortsvereine gaben in der Befragung an, dass sie keinerlei Maßnahmen ergreifen würden, neue Mitglieder zu finden (18,9 Prozent bejahten diese Frage). Auch die Kommunikation mit den Mitgliedern könnte besser sein. So haben zwar zwei Drittel der Ortsvereine einen eigenen Internetauftritt¹⁸, jedoch haben nur 13 Prozent einen E-Mail-Newsletter und nur 6,9 Prozent sind im Internet anderweitig aktiv.

17. Generalsekretärin Andrea Nahles im dem Werkstattgespräch »Beteiligung von Nichtmitgliedern«.

18. Vielfach werden diese jedoch nicht gepflegt und sind veraltet.

Es gibt verschiedene Arbeitsgemeinschaften, damit sich bestimmte Gruppen innerhalb der Mitglieder besser zusammenfinden können. Wie sieht es mit deren Existenz auf lokaler Ebene aus?

Die mit Abstand am häufigsten vertretene Arbeitsgemeinschaft ist die der Jusos. In fast jedem zweiten Ortsverein (45,5 Prozent) und nahezu jedem Unterbezirk/Kreisverband (95,8 Prozent) sind die unter 35-Jährigen organisiert. Auch die Arbeitsgemeinschaften für die Mitglieder über 60 Jahre (die Ende 2010 mehr als 50 Prozent aller Parteimitglieder ausmachten) sind zumindest im Bereich von Unterbezirken/Kreisverbänden noch zahlreich vertreten (84,7 Prozent). Mit Blick auf die Zahlen kann jedoch festgehalten werden: Die Arbeitsgemeinschaften insgesamt sind auf Ortsvereinsebene größtenteils nicht existent und auch auf Unterbezirksebene ist die Präsenz mehr als ausbaufähig (dies gilt insbesondere für AFB, AGS, ASJ und ASG).

Parteireform – was wird bleiben?

Der Parteitag wird entscheiden, ob und in welcher Form die Vorschläge angenommen werden. Der Leitantrag des Parteivorstands ist eine Kompromisslösung, die alle Ebenen der Partei einbezieht. Da es, wie bereits angedeutet, an der einen oder anderen Stelle Spannungen gab, hat dies zu einer mehrfachen Änderung des Antrags geführt. Auch jetzt sind die Diskussionen innerhalb der Partei noch nicht zum Stillstand gekommen. Hiervon zeugen mehr als 100 Anträge zur Parteireform beim Bundesparteitag. Nicht eingerechnet sind Änderungsanträge des Leitantrags, welche die Partei noch bis in den November hinein erreichen können. Gleichwohl rechnet die

Arbeitsgemeinschaft (AGS)	ja		nein	
	OV	UB/KV	OV	UB/KV
Jungsozialisten in der SPD (Jusos)	45,4 %	95,8 %	50,9 %	2,3 %
AGS 60plus (AG 60+)	41,0 %	84,7 %	55,7 %	13,0 %
AGS sozialdemokratischer Frauen (ASF)	30,6 %	69,9 %	65,0 %	26,4 %
AGS für Arbeitnehmerfragen (AFA)	22,2 %	60,2 %	72,5 %	35,6 %
AGS für Bildung (AFB)	10,7 %	29,2 %	82,1 %	64,6 %
AGS Selbstständige in der SPD (AGS)	10,8 %	27,3 %	82,1 %	66,2 %
AGS sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)	7,7 %	19,0 %	85,1 %	73,1 %
AGS Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	5,2 %	12,5 %	87,1 %	80,6 %

Parteiführung selbst mit einer deutlichen Mehrheit für den Antrag.

Die abschließende spannende Frage muss deshalb lauten: Wird die vierte große Parteireform seit 1990 wieder einmal die Erwartungen nicht erfüllen? Werden all die Anträge, die geschrieben und die Diskussionen, die geführt wurden, abermals vergebens sein? Die Vergangenheit lässt dies zumindest befürchten. Gleichwohl können die Sozialdemokratinnen und –demokraten die berechtigte Hoffnung haben, dass dieses Mal alles anders wird.

Die SPD möchte ihr »Selbstverständnis und die Strukturen unserer Partei auf die Höhe der Zeit heben«¹⁹, so Sigmar Gabriel und Andrea Nahles in einer E-Mail Ende des Jahres 2010 an alle Parteimitglieder. Zum Zeitpunkt dieser Aussage konnte die SPD auf ein intensives und engagiertes Jahr Parteireform zurückblicken. Der Großteil des Reformprozesses, der im Dezember 2011 mit der Verabschiedung des Grundsatzprogramms einen ersten Abschluss finden soll, ist nun (zumindest zeitlich) geschafft. Die vorliegende Arbeit hat sich intensiv mit den organisatorischen Rahmenbedingungen und inhaltlichen Ausarbeitungen der Parteireform auseinandergesetzt. Welches Zwischenfazit kann in Bezug auf Inhalte, Umsetzungsprobleme und Erfolgsaussichten des Reformprozesses bereits jetzt gezogen werden?

Die Parteireform basiert auf dem Ziel, mehr Mitstreiter (seien es Mitglieder oder Nichtmitglieder) für die SPD zu gewinnen und vorhandene Potenziale besser zu nutzen. Kurzum: Die Partizipation in der SPD soll attraktiver werden. Um zu verstehen, weshalb die SPD derartige Anstrengungen unternimmt, muss die Wichtigkeit der Mitglieder erkannt werden. In vielen Bereichen ist die Partei auf sie angewiesen: Sei es als ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Wahlkampf, als Finanzierungsquelle oder als Bindeglied zur Gesellschaft. Die Mitglieder haben nicht an Bedeutung für die Partei verloren. Im Gegenteil: Sie sind für die eben angesprochenen Bereiche geradezu immens wichtig.

Um Mitglieder für die Partei zu gewinnen und letztlich auf ihr Engagement zurückgreifen zu können, muss die SPD für die Menschen Anreize unterschiedlichster Art schaffen. Gleichzeitig müssen die Hemmnisse (wie zum

Beispiel die Beitritts- und Partizipationskosten) so gering wie möglich gehalten werden, damit die positiven Anreize gegenüber diesen Hemmnissen letztlich überwiegen und ein Parteibeitritt attraktiv wird.

Die folgenden drei Kritikpunkte lassen Zweifel aufkommen, dass die selbst gesteckten Ziele – Mitgliedergewinnung, innerparteiliche Demokratisierung sowie Öffnung der Partei – mit Hilfe dieser Reform erreicht werden können:

Die SPD reformiert an zu vielen Stellen! Wie der Leit-antrag zum Bundesparteitag 2011 verdeutlicht, haben sich die Sozialdemokratinnen und -demokraten eine Fülle an Themen ausgesucht, über die diskutiert und beraten wird. Anstatt sich gezielt mit dem Umbau einiger weniger Stellen innerhalb der Parteiorganisation zu beschäftigen, hat man bei der Betrachtung der bisher formulierten Ansätze den Eindruck, dass der Parteivorstand zwingend alle organisatorischen Probleme angehen und an allen Stellen Veränderungen erreichen möchte. Vielleicht wäre es klüger gewesen, sich zunächst einzelnen Aspekten zu widmen und konkrete Erfolge abzuwarten, bevor man weitere Bereiche angeht. Sowohl die ehrenamtlich Engagierten als auch die hauptamtlich Beschäftigten stehen einer derartigen Fülle von Maßnahmen gegenüber, dass diese von der Partei eventuell nicht bewältigt werden können.

- Die Erwartungshaltung der Basis kann die Partei überfordern! Durch die Fülle an Themen ergibt sich folgendes Problem: Die Erwartungshaltung der Parteibasis wird durch die massive Herangehensweise natürlich geschürt – hier sind Enttäuschungen vorprogrammiert. Die Diskussionen, Formulierungen und Umsetzungen der verschiedenen Vorschläge benötigen viel Zeit. Neben dem zeitlichen ist selbstverständlich auch das inhaltliche Problem nicht zu vernachlässigen. Die Ortsvereine wurden umfassend zu Instrumenten der verstärkten Einbeziehung von Parteimitgliedern, Nichtmitgliedern und Wünschen an den Parteivorstand befragt. Hinzu kam die Ankündigung von Sigmar Gabriel und Andrea Nahles, dass die Ortsvereinsbefragung der Anfang eines gewaltigen innerparteilichen Reformprozesses sein soll. Ändert sich am Ende durch die Reform wenig, könnte sich die Enttäuschung in Resignation oder gar Wut auf die Parteiführung wandeln. Somit können die, durch die SPD-Spitze selbst formulierten Erwartungen und Ziele, noch zu einem großen Problem für die Partei und ihre Füh-

19. E-Mail von Sigmar Gabriel und Andrea Nahles am 31.12.2010 an alle SPD-Mitglieder.

rung werden. Die bisher erfolglosen Parteireformen der Vergangenheit könnten ihr Übriges dazu beitragen (Jun 2009: 187).

- Organisationswandel ist schwierig! Eine derart fragmentierte und ausdifferenzierte Organisation wie die der SPD zu verändern, ist sehr komplex. Auch der aktuelle Fall hat gezeigt: Wollten Sigmar Gabriel und Andrea Nahles unbedingt die Beteiligung von Nichtmitgliedern ermöglichen (auch bei wichtigen personellen Vorwahlen), musste die Partei nun aufgrund massiven Drucks zurückrudern. Der Themenkomplex »Nichtmitglieder«, vorher als Herzstück der Reform dargestellt, wurde derart zusammengeschrumpft, dass im Leitantrag kaum mehr etwas davon übrig bleibt. Der Widerstand einiger Landesverbände und Bezirke hat an dieser Stelle gefruchtet. Auch bei den ehrenamtlich Engagierten kann Widerstand auftreten, wenn die Veränderungen nicht in die gewünschten Richtungen gehen. Die SPD als Freiwilligenorganisation steht vor dem großen Problem, Wandel nicht von oben durchsetzen zu können – man ist auf den Dialog angewiesen. Aus diesem Grund ist eine umfassende Kommunikation, ein Dialog mit allen Gliederungsebenen, von immenser Bedeutung. Zwar tourten die Generalsekretärin und der Parteivorsitzende im Spätsommer und Herbst 2011 durch die Republik, um für ihr Reformwerk zu werben, gleichwohl wurde der Antrag bereits zuvor von einer organisationspolitischen Kommission erarbeitet, die zwar formal gesehen alle Landesverbände und Bezirke vertritt, aber mitunter nicht immer die Meinung an der Basis abbildet. Fühlen sich die untersten Parteiebenen aber nicht umfassend einbezogen, ist auch ein Scheitern der Parteireform vorprogrammiert. Dies kann gleichbedeutend sein mit einem schweren Imageschaden für die gesamte SPD-Führungsriege.

Die aufgeführten Probleme bei der Zielerreichung der Reform sind zwar nicht zu vernachlässigen, dennoch sprechen die folgenden gewichtigeren Argumente dafür, dass die Parteireform ein Erfolg werden könnte:

Der Zeitpunkt der Reform ist richtig! Sigmar Gabriel kündigte den organisatorischen Umbau der SPD erstmals auf dem Bundesparteitag im November 2009 an. Zum Zeitpunkt seiner Rede war Gabriel noch nicht als Vorsitzender gewählt. Er startete seine Amtszeit somit direkt mit der Reformankündigung. Dieser Zeitpunkt war deshalb so günstig, weil nach der verlorenen Bundestagswahl allen Mitgliedern ohnehin klar war, dass innerparteiliche

Reformen unverzichtbar sind. Zudem befindet sich die SPD in der Opposition, was zum Beispiel einen Mitgliederentscheid einfacher machen kann, da er nicht direkt umgesetzt werden müsste. Auch die für eine derartige Befragung ungewöhnlich hohe Quote der Antworten aus der Ortsvereinsbefragung lässt darauf schließen, dass die Parteibasis für Reformen bereit ist. Sollte auch noch die Kontinuität in der Führungsriege der Sozialdemokratinnen und -demokraten anhalten, wären wichtige Voraussetzungen für ein Gelingen der Reform gegeben.

- Die inhaltliche Fülle lässt viel Raum für kreative Maßnahmen! Die SPD hat in ihren Werkstattgesprächen über sämtliche Ebenen der Parteiorganisation diskutiert – teilweise mit einer schonungslosen Offenheit, was organisatorische Defizite anbelangt. Viele der diskutierten Maßnahmen könnten eine positive Wirkung entfalten und dazu beitragen, dass die SPD die selbst gesteckten Ziele erreichen kann. Die SPD hat Probleme benannt, die vielen schon seit langem bekannt sein dürften. Dass die Arbeit in den Ortsvereinen nicht mehr zeitgemäß ist und wegen ihrer Struktur die jungen Leute nicht mehr anspricht, wurde bereits vielfach innerhalb der Wissenschaft diskutiert. Auch die SPD ist sich im Klaren darüber, dass mit dem »Mythos Ortsverein« gebrochen werden muss, da dieser längst nicht mehr alle an ihn gestellten Aufgaben umfassend erledigen kann. Die Idee, den Mitgliedern andere Partizipationsmöglichkeiten zu bieten, klingt vielversprechend. Die diskutierten Ansätze der zeitlich befristeten und vor allem thematischen Mitarbeit könnten auch jüngere Leute und Menschen mit geringerem Zeitbudget ansprechen. Ebenfalls positiv ist die Bestrebung der Partei, sich nach außen zu öffnen. Hier liegen jedoch auch Gefahren, zum Beispiel wenn Mitglieder den Eindruck gewinnen, dass Nichtmitgliedern zu viele Rechte zugebilligt werden. Die Ortsvereine haben diesbezüglich ein klares Votum abgegeben. Eine Einbeziehung von Nichtmitgliedern in die Diskussion wird aber durchweg positiv gesehen. Doch eine »gefühlte« Abwertung der normalen Mitgliedschaft durch eine zu starke Einbeziehung von Nichtmitgliedern sollte vermieden werden. In den Werkstattgesprächen wurde deutlich, dass die Partei sich dieser Problematik bewusst ist. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass hier sehr bedacht gehandelt wird.

Auch der Ausbau der innerparteilichen Demokratie, ein erklärtes Ziel der Reform, scheint möglich. Bereits in den Werkstattgesprächen wurden viele positive Beispiele aus Landesverbänden und tieferen Ebenen der Partei vorge-

bracht. Die Akzeptanz direkter Entscheidungsformen ist unter den Mitgliedern immens hoch. Regelmäßige Mitgliederbefragungen oder -entscheide könnten die Attraktivität der Partei enorm erhöhen und durchaus neue Mitstreiter anziehen. Den Mitgliedern würde ein Gefühl der Einbeziehung in die politischen Ereignisse gegeben. Dies kann besonders bei Menschen, die aufgrund politischer oder wertbezogener Anreize in die Partei eintreten, »aktivierend« wirken.

Die genannten Maßnahmen zielen darauf ab, die Anreize für eine Mitgliedschaft oder Mitarbeit in der SPD zu erhöhen. Gleichzeitig wurde jedoch auch diskutiert, wie es gelingen kann, Hemmnisse abzubauen. Dies kann, so wurde in den Gesprächen deutlich, zum einen durch ein verbessertes Eintrittsmanagement und zum anderen durch eine Veränderung der Beitragstabelle geschehen. Inwieweit eine Art Mentorenprogramm bzw. die bessere Integration neuer Mitglieder durch die Ortsvereine letztlich von oben gesteuert werden kann, bleibt fraglich. Eine Absenkung der Beitragstabelle, die auch Schatzmeisterin Barbara Hendricks befürwortet, dürfte hingegen leicht realisierbar sein. Schlussendlich darf auch nicht vergessen werden, dass der Schlüssel zum Erfolg auch in einer verstärkten Aktivierung der bereits vorhandenen Mitglieder liegen muss. Die Bereitschaft zur Partizipation ist hoch und: »Politische Großorganisationen leben nicht von der Zahl ihrer Mitglieder, sondern von deren Aktivität oder Aktivierbarkeit« (Machnig 2001: 104). Selbstverständlich kann nicht alles hier skizzierte umgesetzt werden. Fänden jedoch nur einige Maßnahmen den dauerhaften Weg in die Parteistrukturen, so wäre es ein großer Erfolg.

Besonders hervorzuheben ist die Einführung von Themenforen für Unterstützer. Erstmals können nun auch Nichtmitglieder an einem Thema mitarbeiten, ohne gleich volles Parteimitglied zu werden. Man darf gespannt sein, wie dies von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird.

- Die Parteireform wird organisatorisch optimal angegangen! Im Gegensatz zu früheren Reformversuchen, bei denen stets eine Kommission oder Arbeitsgruppe auf höchster Parteebene Reformvorschläge erarbeitete, ist die Organisation der Reform dieses Mal eine gänzlich andere. Von Beginn an wurde die Basis entschieden in die Diskussionsprozesse eingebunden. Der Parteivorstand gab allen Ortsvereinen und Unterbezirken/ Kreisverbänden der Partei die Möglichkeit, sich in einer

Befragung umfassend zu äußern und Position zu beziehen. Zudem verschaffte sich der Vorstand durch die Befragungen ein konkretes Bild in Bezug auf die organisatorische Wirklichkeit der Partei. Ebenso einbezogen wurde die Basis in sämtliche Werkstattgespräche, da stets Vertreter von Ortsvereinen zu den Diskussionen eingeladen wurden. Darüber hinaus wurden die vom Parteivorstand auf Grundlage dieser Gespräche erarbeiteten Vorschläge für das organisationspolitische Grundsatzprogramm im Sommer und Herbst 2011 umfassend in allen Landesverbänden diskutiert. Letztere haben durch die Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern in die organisationspolitische Kommission ebenfalls die Möglichkeit, den Prozess der Parteireform umfassend mitzugestalten. Bei einem derart tiefgreifenden Reformprozess macht die Partei das einzig Richtige – sie nimmt die Basis von Anfang an mit. Wäre es wie bei früheren Reformen, so wäre auch diese ohne Einbeziehung der gesamten Partei zum Scheitern verurteilt. Durch die Teilhabe aller können viele Konfliktpotenziale aber schon im Vorfeld erkannt und ausgemerzt werden.

Ob die Parteireform letztlich wirklich ein Erfolg wird, kann an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt selbstverständlich nicht beurteilt werden – schließlich ist der gesamte Wandlungsprozess noch nicht abgeschlossen. Der Ansatz, Anreize zu schaffen und gleichzeitig Hemmnisse abzubauen, ist jedenfalls der Richtige. Der Dialog mit der Basis muss jedoch auch unbedingt über das Jahr 2011 hinaus fortgesetzt werden. Sicherlich werden in den nächsten Jahren nicht alle neuen Instrumente zum Einsatz kommen und nicht alles wird Einzug in die politische Praxis erhalten. Die Erwartungen dürfen also nicht zu hoch geschraubt werden. Die bisher diskutierten Ansätze weisen jedoch eindeutig in die richtige Richtung und sollten konsequent weiterverfolgt werden.



- Alemann, Ulrich von/Klein, Markus** (2009): Deutsche Parteimitgliederstudie 2009. Ergebnisse für die Mitglieder der SPD. Aus dem Bestand des Referats Parteiorganisation beim SPD-Parteivorstand. Zum Design der Studie siehe: <http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/politikwissenschaft/personal/professur-ii-prof-dr-ulrich-von-alemann/forschungsprojekte/pamis2009/> (aufgerufen im Oktober 2011).
- Decker, Frank** (2010): Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. In: Kost, Andreas/Rellecke, Werner/Weber, Reinhold (Hrsg.): Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart. München, S. 71–99.
- Dittberner, Jürgen** (2004): »Sind die Parteien noch zu retten?« Die deutschen Parteien: Entwicklungen, Defizite und Reformmodelle. Berlin.
- Endrweit, Günter** (2004): Organisationssoziologie (2. Auflage). Stuttgart.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald/Caballero, Claudio** (2000): Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts »Parteiidentifikation« in der Bundesrepublik. In: Klein, Markus et al. (Hrsg.): 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Wiesbaden, S. 235–271.
- Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar** (2002): Parteimitgliedschaften. Entwicklung und Sozialstruktur. In: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland (2., aktualisierte und erweiterte Auflage). Wiesbaden, S. 274–296.
- Harmel, Robert/Janda, Kenneth** (1994): An Integrated Theory of Party Goals and Party Chance. In: Journal of Theoretical Politics 6 (3), S. 259–287.
- Jun, Uwe** (2009): Organisationsreformen der Mitgliederparteien ohne durchschlagenden Erfolg: Die innerparteilichen Veränderungen von CDU und SPD seit den 1990er Jahren. In: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Die Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen, S. 187–210.
- Machnig, Matthias** (2001): Vom Tanker zur Flotte. Die SPD als Volkspartei und Mitgliederpartei von morgen. In: Bartels, Hans-Peter/Machnig, Matthias (Hrsg.): Der rasende Tanker. Analysen und Konzepte zur Modernisierung der sozialdemokratischen Organisation. Göttingen, S. 101–117.
- Mielke, Gerd** (2009): Mitgliederparteien im Sog der Amerikanisierung. In: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Die Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen, S. 53–69.
- Niedermayer, Oskar** (2009): Der Wandel des parteipolitischen Engagements der Bürger. In: Kühnel, Steffen/Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten. Wiesbaden, S. 82–135.
- Niedermayer, Oskar** (2011): Auf welchen Wegen versuchen Parteien, neue Mitglieder zu gewinnen? In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Bürger auf Abwegen? Politikdistanz und politische Bildung. Vorabversion des Autors als PDF-Datei.
- Oberreuter, Heinrich** (2009): Parteiensystem im Wandel – Haben die Volksparteien Zukunft? In: Kronenberg, Volker/Mayer, Tilman (Hrsg.): Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen. Freiburg im Breisgau, S. 43–59.
- polis+sinus** (2010a): Studie: Bundesweite Befragung der SPD-Ortsvereine 4'2010. Tabellenband. München.
- polis+sinus** (2010b): Studie: Bundesweite Befragung der SPD-Unterbezirke/Kreisverbände 5'2010. Tabellenband. München.
- Schmid, Josef/Zolleis, Udo** (2009): Parteiorganisation zwischen Anarchie und Strategie: Politik ist Organisation. In: Schalt, Fabian et al. (Hrsg.): Neuanfang statt Niedergang. Die Zukunft der Mitgliederparteien. Berlin, S. 271–288.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands – Parteivorstand** (2011): Beschluss des SPD-Parteivorstands, Leitartikel Parteireform, 26.9.2011: Partei in Bewegung. Organisationspolitisches Grundsatzprogramm der SPD. Berlin.
- SPD-Parteivorstand und -Bundestagsfraktion** (2010–2011) (Hrsg.): Intern: Informationsdienst für aktive Parteimitglieder. Nr. 04/2010; 05-06/2010; 08/2010; 01/2011. Berlin.
- TNS-Infratest** (2010): Motivationsfaktoren der Mitgliedschaft in Großorganisationen in Deutschland 2010. Eine Studie von TNS-Infratest Sozialforschung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. November 2010.
- Wiesendahl, Elmar** (2006): Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion. Wiesbaden.
- Wiesendahl, Elmar** (2010): Volksparteien in der Krise. Vorabversion des Autors, 1. November 2010, 47 Seiten.

Anhang: Beschluss des SPD-Parteivorstands, Leitantrag Parteireform vom 26.9.2011

Partei in Bewegung

Organisationspolitisches Grundsatzprogramm der SPD Demokratie im Wandel

Unsere Demokratie verändert sich, weil sich auch unsere Gesellschaft verändert. Das Verlangen der Bürger/innen, politisch mitzuwirken ist gewachsen und ihre Ansprüche daran sind gestiegen. Das belebt unsere Demokratie und fordert die Parteien heraus. Wenn Demokratie und Gesellschaft sich ändern, dann müssen sich auch die Parteien verändern.

Die Bürger/innen sind selbstbewusster geworden und wollen sich nicht einfach in eine Organisation »einfügen«. Sie fordern Möglichkeiten, politisch mitzuwirken. Selbstbewusste Mitglieder und Unterstützer/innen von politischen Bewegungen wollen mit ihrem Engagement Wirkung entfalten. Sie erhöhen damit nicht nur ihre Ansprüche an sich selbst, sondern auch an die Parteien. Das gilt sowohl für die Mitwirkungsmöglichkeiten wie für die inhaltliche Qualität des Angebots. Schließlich sind die Bürger/innen die Motoren der Demokratie.

Unsere Arbeitswelt verändert sich. Arbeitsverhältnisse und -Arbeitszeiten sind flexibler und oft auch unberechenbarer geworden. Häufige Arbeits- und Ortswechsel sind Normalität geworden. Der Druck ist gewachsen. Das Leben ist mehr denn je in Bewegung und immer weniger planbar.

Auch Rollenbilder in unserer Gesellschaft haben sich verändert. Neue Lebensmodelle gehören selbstverständlich zu unserem Alltag. Junge Frauen und Männer wollen miteinander in einer neuen Partnerschaftlichkeit leben. Sie wollen gleichberechtigt berufliche Chancen wahrnehmen und sich gemeinsam ihren Kindern widmen. Politische Mitwirkung muss unter diesen Bedingungen möglich sein. Die Parteien werden den Takt der modernen Familien und Lebensgemeinschaften zu ihrem machen müssen.

Das Mitwirken in demokratischen Institutionen ist nicht mehr so selbstverständlich wie früher. Die Wahlbeteiligung sinkt stetig und immer mehr Bürger/innen wenden sich von der Politik ab. Soziale Ausgrenzung und demokratische Abkopplung gehen oftmals Hand in Hand. Das hält unsere Demokratie auf Dauer nicht aus. Keiner Partei

schadet das so sehr wie der SPD. Vielen Bürger/innen fehlen Zuversicht und Vertrauen, aber oftmals teilen sie unsere Werte. Darum müssen wir wieder stärker um und für sie kämpfen.

Viele verspüren das Bedürfnis, die demokratische Kultur in unserem Land und in den Parteien zu erneuern. Die SPD will diesen Menschen eine politische Heimat geben. Eine soziale Demokratie braucht die SPD als linke Volkspartei.

Unsere Demokratie braucht starke Parteien. Nur sie sind gleichzeitig im politischen Leben der Zivilgesellschaft und in den staatlichen Institutionen verankert. Darum weist ihnen unser Grundgesetz eine wichtige Rolle bei der Willensbildung zu.

Die großen Volksparteien übernehmen eine besondere Verantwortung für unsere Demokratie. Sie führen die vielfältigen Interessen zusammen und bauen Brücken zwischen den verschiedenen Gruppen in unserer Gesellschaft. Nur sie können eine tragfähige Vorstellung über das Gemeinwohl erarbeiten. Volksparteien haben das Ganze im Blick statt Einzelinteressen.

Obwohl Volksparteien überlebenswichtig sind für unsere Demokratie, haben sie keine Garantie, es dauerhaft zu bleiben. Für ihren Erfolg und ihre Legitimation müssen sie sich besonders anstrengen. Starke Volksparteien brauchen eine offene Beteiligungskultur und müssen tiefe Wurzeln im gesellschaftlichen Leben schlagen. Sie gehören mitten in die Gesellschaft.

Die SPD ist die linke Volkspartei in Deutschland. Wir sind eine Wertegemeinschaft. Gemeinsam engagieren wir uns für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Unsere Stärke ist die Vielfalt unserer Mitglieder und die Kraft unserer Ideen. Darum haben wir uns immer als demokratische Mitglieder- und Programmpartei verstanden. Diese Stärke wollen wir auch in einer sich verändernden Gesellschaft bewahren. Deswegen öffnen wir uns.

Die Öffnung der SPD

Wir haben uns auf den Weg gemacht, unsere Partei programmatisch und organisatorisch zu erneuern. Beides gehört zusammen. Eine moderne Organisationspolitik kann überzeugende politische Inhalte nicht ersetzen. Sie

ist aber erforderlich, um unsere politischen Ziele durchzusetzen. Je besser wir die Willensbildung von unten nach oben organisieren, je größer Mitbestimmung und Teilhabe unserer Mitglieder sind, desto erfolgreicher werden wir sein.

Wir wollen in unserer Partei neue Wege gehen

Erstmals in der Geschichte der SPD haben wir zunächst alle Ortsvereine und Unterbezirke nach ihrer Arbeitsweise und ihren Erwartungen an die SPD befragt. Zudem wurden zahlreiche Werkstattgespräche geführt, an denen alle Ebenen der Partei mitgewirkt haben. Außerdem haben wir zwei Konferenzen der Unterbezirke durchgeführt.

Wir werden nicht nur punktuell etwas verändern, sondern einen andauernden Veränderungsprozess anstoßen. Uns geht es in erster Linie um Praxisänderungen, nicht nur um Satzungsänderungen. Die Entwicklung unserer Organisation muss auf allen Ebenen genauso zur Daueraufgabe werden, wie die Gestaltung unserer Programmatik. Für den Parteivorstand wird der/die Generalsekretär/in die praktische Umsetzung unserer Vorhaben vorantreiben. Darüber hinaus wird die organisationspolitische Kommission ihre Arbeit mindestens für die nächsten zwei Jahre fortsetzen.

Wir ermutigen alle Gliederungen, neue Wege zu gehen. Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten für unsere Mitglieder massiv ausweiten. Die Energie unserer Mitglieder werden wir produktiv nutzen. Die Erneuerung der SPD ist eine Aufgabe für die ganze Partei. Sie geht alle an, sie fordert alle heraus. Es geht um das gemeinsame große Ziel, die Sozialdemokratie so überzeugend und schlagkräftig wie möglich zu machen.

SPD zum Mitgestalten

Wir wollen eine SPD zum Mitgestalten. Unsere Partei lebt durch ihre Mitglieder. Sie prägen das Gesicht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Jede/r Einzelne von ihnen verkörpert das, wofür unsere Partei steht: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir sind und bleiben eine Mitgliederpartei.

Je aktiver unsere Mitglieder sind, desto mehr lebt die Partei. Doch Engagement entwickelt sich nicht von selbst. Wir wollen deshalb unsere Mitglieder motivieren. Sie in die Lage versetzen, sich für unsere gemeinsamen Ziele zu engagieren. Wir bieten eine Kultur, die Mitglieder willkommen heißt, sie fördert und ihre Meinung ernst nimmt. Dazu gehört, dass sie über Kurs und Personal der Partei mitentscheiden können.

Moderne Regierungsparteien suchen den Dialog. Eine vitale und diskussionsfreudige Mitgliederpartei bereichert unser Regierungshandeln. Sie ist Ideengeberin und erdet unsere Politik. Sie entwickelt die Konzepte von morgen über das Tagesgeschäft hinaus. Das macht uns erfolgreich.

Die Parteiorganisation und die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen der SPD unterstützen das Engagement der Ehrenamtlichen. Unsere Mitglieder sollen ihre Zeit bei uns sinnvoll verbringen und sich vor allem mit ihrer Erfahrung und ihren Ideen einbringen können. Und das fängt in den Ortsvereinen an. Es soll Freude machen, bei uns mitzuwirken.

Über das Engagement unserer Mitglieder hinaus brauchen wir möglichst viele weitere Mitstreiter/innen. Wir machen Politik nicht nur für uns. Deshalb vertrauen wir nicht nur auf uns. Wir setzen unsere Anliegen umso eher durch, je mehr Bündnispartner wir haben. Wir vernetzen uns stärker als bisher mit Verbänden, Gewerkschaften, Vereinen und Initiativen und ebenso engagierten Einzelpersonen, die sich für eine ebenso freie wie solidarische und verantwortliche Gesellschaft einsetzen wie wir.

Wir wollen politisches Engagement ermöglichen. Das bedeutet, offen für diejenigen zu sein, die sich engagieren wollen, ohne gleich Mitglied zu werden. Wir sind eine Anlaufstelle für Verbesserer. Auch wenn diese Verbesserer kreativer und unkonventioneller sind, als wir uns das manchmal selbst zutrauen. Statt zu bevormunden und zu vereinnahmen, hören wir zu. Wir beteiligen insbesondere diejenigen, die sonst nicht gehört werden.

Die Volkspartei SPD will auch innerhalb ihrer Mitgliedschaft vielfältiger werden. Mit bloßem Willen und schönen Worten ist es nicht getan. Stattdessen schaffen wir attraktive Angebote zur Mitarbeit. Wir gehen dahin, wo die Leute sind. Und das bedeutet auch, die vielfältigen Chancen des Internets zu nutzen, online zu diskutieren

und uns an kreativen Veranstaltungsformen zu beteiligen.

Die Ansprüche an Politik haben sich gewandelt. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wollen sich nicht langfristig im Politikbetrieb bewähren, sondern unmittelbar gesellschaftliche Entscheidungen beeinflussen. Sie wollen schnell Lösungen für Probleme erreichen, die ihnen unter den Nägeln brennen. Statt dieser gesellschaftlichen Entwicklung hinterherzulaufen, gehen wir voran. Wir kümmern uns um handfeste Probleme vor Ort. Und beziehen dabei möglichst viele Bürgerinnen und Bürger ein. Wir erleichtern den Einstieg in unsere Partei und werden ein Anziehungspunkt für diejenigen, die sich im sozialdemokratischen Sinne engagieren wollen. Wir bleiben nicht nur unter uns, sondern lassen uns bereichern. Wir wollen gemeinsam etwas erreichen.

Dabei bedienen wir uns zeitgemäßer Mittel, zu denen auch das Internet und die sozialen Netzwerke gehören. Nicht die Partei entscheidet darüber, wie Menschen angesprochen und organisiert werden wollen, sondern die Menschen entscheiden selbst darüber. Wir berücksichtigen auch stets die veränderten familiären und beruflichen Umstände. Wir treffen uns zu Zeiten und an Orten, die auch berufstätigen Eltern passen. Und Kinder sind herzlich willkommen.

Wir wollen mehr denn je zum Mitmachen einladen. Das bedeutet auch, offen für unterschiedliche Meinungen und Verhaltensweisen zu sein. Das halten wir nicht nur aus, sondern das wollen wir. Menschen sehen unterschiedlich aus, leben, fühlen und denken unterschiedlich. Das ist das Leben. Und wir sind eine lebendige Partei, die unterschiedliche Menschen und Auffassungen nicht nur respektiert, sondern sie als Bereicherung empfindet.

Seit unserer Gründung treiben wir die gesellschaftliche Debatte voran. Wir sind überzeugt, dass eine lebendige Demokratie nur als großes Gespräch der Gesellschaft funktionieren kann. Alles ist ansprechbar, alle können teilnehmen. Demokratie wurde auf dem Marktplatz erfunden. Und auch heute gehört sie auf die Marktplätze unserer Zeit. Mit unserer Erfahrung und unseren Möglichkeiten wollen wir den Menschen, die unsere Grundüberzeugungen teilen, noch stärker als bisher eine Plattform bieten, sich Gehör zu verschaffen. Wir sehen uns als Partei in der Pflicht, die Vielfalt unserer Gesellschaft

zu fördern. Und insbesondere auch diejenigen zu Wort kommen zu lassen, die unterprivilegiert sind.

Der Austausch von unterschiedlichen Standpunkten in der SPD ist geprägt von unseren sozialdemokratischen Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir pflegen eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung von unterschiedlichen Meinungen und politischen Standpunkten. Deshalb achten wir innerparteilich auf einen fairen Umgang miteinander, akzeptieren die Parteistrukturen und berücksichtigen den Grundsatz der innerparteilichen Solidarität. Wir machen uns dabei immer wieder bewusst, dass wir einander brauchen, um unsere gemeinsamen politischen Ziele zu erreichen.

Mitglieder gewinnen

Die SPD ist kein Wahlverein, sondern eine Mitgliederpartei. Wir sehen es deshalb als eine unserer wichtigsten Aufgaben an, Mitglieder auf Dauer an uns zu binden und neue Mitstreiter/innen für uns zu begeistern. Darum heißen wir neue Mitglieder willkommen und ermöglichen es ihnen, sich schnell entsprechend ihrer Interessen einzubringen. Kein neues Mitglied darf bei uns in der Warteschleife landen. Sie müssen nach klaren Kriterien betreut werden.

Die Mitgliederentwicklung und die Wertschätzung der Mitglieder werden auf allen Ebenen der Partei regelmäßig thematisiert. Den Ortsvereinen kommt dabei eine besonders wichtige Rolle zu. Sie nehmen sich Ziele vor und streben danach, sie zu erreichen. Alle Ebenen der Partei ernennen dazu ein Vorstandsmitglied zum/zur Mitgliederbeauftragten. Diese/r ist für die Einhaltung der Standards für Bindung, Betreuung und Rückgewinnung von Mitgliedern verantwortlich und betreut aktiv die Mitgliederwerbung. Der Vorstand kann darüber hinaus weitere Mitglieder mit dieser Aufgabe betrauen.

Die Mitgliederbeauftragten werden geschult und erhalten regelmäßig Informationen über die Mitgliederentwicklung der Gliederung. Regelmäßige Konferenzen der Mitgliederbeauftragten auf jeder Ebene gewährleisten einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch.

Die Mitgliederbeauftragten berichten jährlich im Rahmen eines Mitgliederberichts für den jeweiligen Vorstand über die Mitgliederentwicklung. Der Mitgliederbericht infor-

miert über die Zahl der Ein- und Austritte und die Aktivitäten der Gliederung zur Mitgliedergewinnung und -pflege. Weiterhin enthält er eine Beurteilung der Wirksamkeit der durchgeführten Maßnahmen. Der Mitgliederbericht wird zusammen mit dem Rechenschaftsbericht abgegeben. Die Vorstände sollen hieraus konkrete Ziele zur Mitgliedergewinnung und Vorschläge zur Verbesserung der Mitgliederentwicklung erarbeiten. Der Parteivorstand beschließt Grundsätze für die Arbeit der Mitgliederbeauftragten.

Wir richten zudem ein bundesweites Servicetelefon für Mitglieder ein. Hier können sich Mitglieder und Interessierte unkompliziert über Mitmach- und Beteiligungsmöglichkeiten informieren und werden schnell an Ansprechpartner vermittelt. Die Mitarbeiter/innen am Servicetelefon fragen nach und kümmern sich darum, Lösungen für Probleme anzubieten.

Mitglieder stärker beteiligen

Alle Mitglieder sind wichtig. Sie sind die Seele unserer Partei. Engagierte Mitglieder sind von unschätzbare Bedeutung für unsere politische Arbeit und die Lebendigkeit unserer Organisation. Je mehr wir sind, desto besser können wir sein. Aber Engagement kommt nicht immer von allein. Es hängt auch von den Bedingungen ab, die die Partei den Mitgliedern bietet. Und dazu gehört, wie sehr sie mitmachen und mitentscheiden können.

Wir werden alle Mitglieder stärker an der Willensbildung sowie an der Auswahl der Funktions- und Mandatsträger beteiligen. Deshalb wollen wir dort, wo es möglich ist und ein breiter Teil der Mitgliedschaft es wünscht, Mitgliedervollversammlungen anstelle von Delegiertenversammlungen durchführen.

Mitgliederbeteiligung bei der Personalauswahl

Bei der Aufstellung von Einzelkandidat/innen für öffentliche Ämter und Mandate als auch bei der Wahl des/der Vorsitzenden sollen die Mitglieder auf der jeweiligen Ebene beteiligt werden, wenn mehr als eine Person kandidiert.

Über die Art der Beteiligung aller Mitglieder (zum Beispiel durch regionale Mitgliederversammlungen, Vorwahlen oder Briefwahlen) entscheidet entweder der zuständige Vorstand – im Benehmen mit einem Parteikonvent oder Parteirat, da wo vorhanden – oder die Mitgliederversammlung/der Parteitag. Eine Beteiligung aller Mitglieder erfolgt ebenfalls, wenn mindestens zehn Prozent der Mitglieder der jeweiligen Ebene dies beantragen.

Das Personalvorschlagsrecht bei parteiinternen Vorwahlen haben Vorstände und Mitgliederversammlungen/Parteitage der Gliederungen und regionalen Zusammenschlüsse im Wahlgebiet. Darüber hinaus können auch fünf Prozent der Mitglieder im Wahlgebiet einen Personalvorschlag einbringen. Auch auf der Versammlung können noch Personalvorschläge gemacht werden, wenn das in der Satzung verankert ist.

Die abschließende Aufstellung von Einzelkandidat/innen für öffentliche Ämter und Mandate erfolgt durch Mitglieder- bzw. Vertreterversammlungen nach den Wahlgesetzen. Die abschließende Wahl des/der Vorsitzenden erfolgt durch eine Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlung nach dem Parteiengesetz. Die bisher im Statut verankerte Möglichkeit zur Durchführung einer Urwahl der/des jeweiligen Spitzenkandidaten/in durch alle Mitglieder bleibt bestehen.

Um ein einheitliches und faires Verfahren zu gewährleisten, wird diese Möglichkeit der Mitgliederbeteiligung im Organisationsstatut verankert. Das formale Verfahren wird in einer Verfahrensrichtlinie geregelt, die Mindeststandards vorgibt, um unter anderem Missbrauch zu verhindern.

Mitgliederbeteiligung bei Sachfragen

Wir erweitern die jetzt für die Bundesebene vorgesehenen Möglichkeiten, Sachentscheide durch die Mitglieder herbeizuführen, auf alle Gliederungsebenen. Zukünftig soll dabei auch eine Briefwahl möglich sein. Darüber hinaus ist es unser Ziel, dass ein Mitgliederbegehren zukünftig auch online durchgeführt werden kann. Wir werden die rechtlichen und technischen Voraussetzungen dafür mittelfristig schaffen.

Gleichzeitig erleichtern wir die Durchführung von Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheiden. Wird ein

Begehren auf Bundesebene angezeigt, werden zukünftig alle Mitglieder über das sozialdemokratische Magazin *Vorwärts* informiert.

Wir senken das Quorum für einen erfolgreichen Mitgliederentscheid. Der Entscheid ist wirksam, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zugestimmt hat und sich mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt hat. Zukünftig ist bei einem Mitgliederentscheid auch eine Briefwahl möglich.

Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Die Teilhabe an der Gestaltung sozialdemokratischer Politik soll für Menschen mit Behinderung in gleicher Weise möglich sein. Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention. Unser Parteileben soll so organisiert sein, dass Menschen mit Behinderung ungehindert und gleichberechtigt daran teilhaben können. Gleichberechtigte Teilhabe setzt die barrierefreie Zugänglichkeit von Räumen und Informationskanälen und die Verfügbarkeit der wichtigsten Informations- und Kommunikationsmittel voraus. Sie bedeutet die Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen und Wahlen ohne Beschränkung und vor allem die Mitentscheidung in Fragen, die die Belange von Menschen mit Behinderungen unmittelbar berühren. Beim Parteivorstand gibt es ein Beratungsangebot, um die Gliederungen bei der Ermöglichung der gleichberechtigten Teilhabe für Menschen mit Behinderung zu unterstützen.

Partei für Unterstützer/innen öffnen

Jede Unterstützung macht uns stärker. Auch die von denjenigen, die erst einmal nicht Mitglied werden wollen. Dabei ist klar: Es lohnt sich besonders, Mitglied zu sein. Mitglieder werden gefördert und qualifiziert, nur sie besetzen Ämter in der Partei und können mehr entscheiden.

Manche scheuen sich aber, unserer Partei beizutreten, obwohl sie uns nahe stehen und gleiche Ziele verfolgen. Wer nicht Mitglied sein will, möchte sich vielleicht trotzdem zu uns bekennen oder sich mit uns zusammentun, um ein konkretes Ziel zu erreichen – selbst wenn es nur

kurzfristig ist. Je breiter wir in der Bevölkerung verankert sind, umso erfolgreicher können wir sein.

Wir machen uns die Sachkenntnis und das Engagement all derer zunutze, die bereit sind, mit uns programmatisch an einem Strang zu ziehen. Jede/r soll sich so einbringen können, wie sie oder er es will. Das stellt uns breiter auf, erhöht unsere Kompetenz und stärkt das Vertrauen in unsere Partei.

Es geht darum, unsere Partei offener zu gestalten. Dazu gehören Bürgerparteitage, bei denen sich auch Bürger/innen ohne Parteibuch engagieren können.

Wir wissen: Viele Bürgerinnen und Bürger sind gesellschaftlich engagiert und können sich für Politik begeistern. Sie wollen aber in ihrem Engagement auch etwas bewirken. Sie engagieren sich, weil sie etwas in dieser Gesellschaft verbessern wollen. Wir müssen die Meinungen von Mitgliedern und Nichtmitgliedern wirklich in unsere Entscheidungen einfließen lassen und eine verbesserte Diskussionskultur etablieren. Eine offene Partei sucht die Beteiligung bei der Vorbereitung von Entscheidungen. Deswegen wollen wir es allen Gliederungen ermöglichen, auch interessierte Nichtmitglieder an Befragungen zu sachlichen Entscheidungen zu beteiligen.

Interessierte Nichtmitglieder können Unterstützer/in einer Arbeitsgemeinschaft oder einem Themenforum werden. Ein/e Unterstützer/in erhält in einer Arbeitsgemeinschaft oder einem Themenforum der SPD – wie bereits heute bei den Jusos – die vollen Mitgliedsrechte. Bei der Berechnung von Delegiertenmandaten in der Arbeitsgemeinschaft werden sie zukünftig mit berücksichtigt. Vertreter/innen in Gremien der Partei müssen Parteimitglied sein. Die Gastmitgliedschaft in der SPD setzen wir fort.

Gliederungen können – wie bisher – bei der Aufstellung von Einzelkandidatinnen und -kandidaten für öffentliche Ämter und Mandate Nichtmitglieder beteiligen, wenn es mindestens zwei Kandidat/innen gibt. Zur rechtlichen Absicherung und um Missbrauch und Manipulation auszuschließen, erlässt der Parteivorstand eine Verfahrensrichtlinie.

Bündnispartner einladen

Viele Weisheiten sind zeitlos. Dazu gehört: Gemeinsam sind wir stark. Gerade die Sozialdemokratie hat zahlreiche mögliche Bündnispartner. Viele Organisationen teilen unsere Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie unsere Politik für das Gemeinwohl. Das nutzen wir, indem wir Bündnisse mit ihnen eingehen.

Wir suchen das Gespräch und die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, gesellschaftlichen Initiativen, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Wir als Partei wollen hier nicht bestimmen, wir wollen ermöglichen, mitmachen und die gemeinsamen Anliegen in die Öffentlichkeit und die Parlamente tragen. Und dadurch umso mehr erreichen.

Wir verstehen uns als Teil der aktiven Bürgergesellschaft. Unsere Partei fördert eine Kultur des Zusammenwirkens. Wir gehen auf nahe stehende Organisationen zu und bringen Stärken zusammen. Die Basis für eine gute Zusammenarbeit ist es, sich zu kennen und zu vertrauen.

Wir laden zudem örtliche Initiativen und befreundete Organisationen ein, mit uns gemeinsam Politik zu gestalten. Deshalb wollen wir ihnen verstärkt Antrags- und Rederechte auf unseren Parteiversammlungen einräumen.

Ortsvereine stärken

Die politische Willensbildung findet in der SPD von unten nach oben statt. Unsere Ortsvereine sind dafür der zentrale Ausgangspunkt. Hier, in der Nähe der eigenen Haustür, sind politische Betätigungsfelder klar sichtbar, ob es um Schulen, Ausbildungsplätze oder den Zustand der Straßen geht. Ältere geben ihre Erfahrungen an Jüngere weiter, die unterschiedlichen Talente kommen zusammen, gemeinsam versuchen sie, ihr Lebensumfeld besser zu gestalten. Unsere Mitglieder sehen Erfolg und Misserfolg der eigenen Arbeit, sie erfahren wie wichtig es ist, andere zu überzeugen und dass es ohne die anderen nicht geht.

Wir bekennen uns dazu, den Ortsverein als Keimzelle unserer Partei so lebendig wie möglich zu gestalten. Mitglieder sollen hier gerne einen Teil ihrer Freizeit verbringen.

Die Ortsvereine sind wahrnehmbar als Anlaufstation, Kümmerer, Bewirker und als Gemeinschaft Gleichgesinnter. Treffen und Aktionen sollen im Voraus bekannt gemacht werden, ebenso wie die daraus folgenden Ergebnisse. Medienarbeit hat einen hohen Stellenwert.

Wir gehen dahin, wo Probleme sind, versuchen gerade mit denen ins Gespräch zu kommen, die sich von der Politik abgehängt fühlen. Wir vernetzen uns so gut wie möglich vor Ort. Insbesondere mit nahe stehenden Initiativen und Organisationen, die sie zu eigenen Veranstaltungen einladen und mit denen sie gemeinsame Aktionen planen. Dabei gehen wir von uns aus auf andere zu und versuchen, in allen Bevölkerungsgruppen Mitmacher/innen zu finden. Das bereichert nicht nur unseren Erfahrungsschatz, sondern erhöht auch unsere Durchschlagskraft. Insbesondere kleine Ortsvereine werden von aufwendigen Verwaltungsaufgaben befreit. Wir wollen Hilfsangebote schaffen zum Beispiel bei der Kassenführung und der Erstellung des Rechenschaftsberichts.

Unsere Politik ist mitten im Leben

Erfolgreiche Politik bewährt sich im wahren Leben. Sie muss geerdet und nah bei den Menschen sein. Aus unserer Verwurzelung in den Städten, Gemeinden und Kreisen schöpfen wir Kraft und Orientierung. Unsere Kommunalpolitiker/innen sind die wichtigsten Nervenenden der SPD in die Gesellschaft. Darum sind sie auf allen Ebenen gefragte Ratgeber für die sozialdemokratische Politik. Ihre Erfahrung und ihre Kompetenzen wollen wir in Zukunft noch stärker nutzen.

Deshalb stärken und unterstützen wir die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), die den Erfahrungen der Kommunalpolitiker/innen eine Stimme gibt, den vielen ehrenamtlich Engagierten eine Hilfestellung bietet und sich um die Förderung und Qualifizierung des kommunalpolitischen Nachwuchses kümmert.

Die sozialdemokratischen Praktiker/innen der kommunalen Arbeit in Städten, Gemeinden und Kreisen sollen mehr mitreden und mehr mitentscheiden können – auf allen Ebenen der Partei. Die SGK erhält darum Rede- und Antragsrecht auf den Parteitagen der SPD und der Kommunalbeirat des SPD-Parteivorstands wird offiziell in unseren Statuten verankert.

Unterbezirke übernehmen neue Verantwortung

Die Unterbezirke sind das Scharnier unserer Partei nach unten wie nach oben. Ihr Engagement für unsere Partei wollen wir stärker als bisher unterstützen. Dazu trägt auch eine jährliche bundesweite Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden bei. Unsere Kreisverbände und Unterbezirke tragen große Verantwortung für die Stärkung der innerparteilichen Organisationskraft. Sie sind wichtig für die politische Debatte und unsere Kommunikation nach außen.

Um die politische Schlagkraft vor Ort zu erhöhen, sollen Unterbezirke und Ortsvereine die organisationspolitischen Stärken und Schwächen vor Ort analysieren und Verbesserungsvorschläge entwickeln. Eine starke Organisation braucht starke Ortsvereine. Ortsvereine können sich auch Aufgaben teilen. Auch Patenschaften können erfolgreich sein.

Kann ein Ortsverein auf Dauer seine Arbeit ohne Hilfe nicht mehr leisten, kann der Unterbezirk eine Zusammenlegung verschiedener Ortsvereine organisieren. Die Unterbezirke beurteilen das nicht rein formal nach der Anzahl der Mitglieder, sondern danach, wie leistungsfähig die Ortsvereine sind. Werden Ortsvereine zusammengelegt, sollte dies nicht dazu führen, dass die SPD vor Ort gar nicht mehr präsent ist und Strukturen verloren gehen. In diesen Fällen sollen die Ortsvereine verstärkt von der freiwilligen Möglichkeit Gebrauch machen, Distrikte bzw. Ortsabteilungen zu gründen, um die örtliche Verbundenheit zu bewahren. Durch die Gründung von Distrikten bzw. Ortsabteilungen werden diese vom Verwaltungsaufwand entlastet und können sich auf die politische Kernarbeit vor Ort konzentrieren.

Wo Ortsvereine und Ansprechpartner fehlen, wo Ortsvereine nicht die gewünschten Themen abbilden können, sollen die Ortsvereine mit der Unterstützung der Unterbezirke eine Analyse ihrer eigenen Potentiale durchführen. Die Unterbezirke versuchen in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden dann Unterstützung und Alternativen anzubieten, zum Beispiel mit überregionalen Themenforen. Grundsätzlich sollen sich Unterbezirke und Ortsvereine an den Grenzen der Landkreise, Ämter und Gemeinden orientieren.

Um besondere Projekte in Unterbezirken zu fördern, die helfen, die Partei zu modernisieren, schaffen wir einen Innovationsfonds, der sich aus einem sehr kleinen Anteil an den Beiträgen finanziert. Er soll Projekte und Veränderungsprozesse ermöglichen und unterstützen. Die Förderung ist kein Preisgeld, sondern muss zweckgerichtet in das entsprechende Projekt fließen.

Insbesondere sollen Unterbezirke und Projekte gefördert werden, die

- innovative Formen der Beteiligung interessierter Bürgerinnen und Bürger an der Meinungsbildung der SPD erproben und neue Standards der Mitwirkung von Mitgliedern und Nichtmitgliedern entwickeln;
- sich dem Leitbild einer Partei, die sich um die Anliegen der Menschen kümmert, verpflichtet fühlen und sich für mehr politische Teilhabe einsetzen, insbesondere in Stadtteilen, die durch soziale Problemlagen und einem Rückgang an politischer Mitwirkung gekennzeichnet sind;
- attraktive Beteiligungsmöglichkeiten und erfolgreiche Konzepte zur Ansprache neuer Zielgruppen praktizieren, insbesondere für mehr Beteiligung von jungen Frauen, Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund sowie jungen Arbeitnehmerfamilien;
- gemeinsame Projekte der SPD mit Gewerkschaften, gesellschaftlichen Initiativen, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften entwickeln.

Über die Vergabe der Mittel entscheidet die organisationalpolitische Kommission.

Frische Ideen für eine bessere Gesellschaft

Wir wollen frische Ideen für eine bessere Gesellschaft. Darum hat sich die SPD immer als Programmpartei verstanden. Das Wissen und die Lebenserfahrung unserer Mitglieder sind ein kostbarer Schatz.

Wer mitreden und seine Kompetenz einbringen will, soll dafür attraktive Angebote bekommen. Die Mitarbeit in Ortsvereinen ist nicht die einzige Möglichkeit, um sich in der Partei zu engagieren. Wer neu zugezogen ist oder häufig umzieht, interessiert sich vielleicht weniger für lo-

kale Themen. Und nicht jeder Ortsverein kann alle Interessen bedienen. Viele Parteimitglieder wollen sich mit Gleichgesinnten für übergeordnete Themen und Projekte engagieren und das auch jenseits der klassischen Parteistrukturen.

Unsere Arbeitsgemeinschaften sollen Menschen mit einem gleichen inhaltlichen Interesse zusammenbringen, um ihre Kompetenzen und Erfahrungen zu nutzen. Wir wollen ihre Zusammenarbeit stärker unterstützen. Jede Arbeitsgemeinschaft erhält eine/n beratende/n Delegierte/n auf dem Bundesparteitag, die/der auf der Bundeskonferenz bzw. dem Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft gewählt wird.

Künftig sollen Themenforen des Parteivorstands hinzukommen, die die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften sinnvoll ergänzen. Um die Zusammenarbeit und Transparenz zu gewährleisten und Parallelstrukturen soweit wie möglich zu vermeiden, sollen die Arbeitsgemeinschaften themenbezogen an der Arbeit der Themenforen beteiligt werden. In den Themenforen finden sich Menschen mit gemeinsamen Interessen zusammen, um zu ihrem Anliegen inhaltlich etwas zu bewegen. Als fachpolitische Foren auf Bundesebene leisten sie ihren Beitrag zur Programmarbeit der Bundespartei. Bezirke und Unterbezirke können eigene Themenforen einrichten. Auf einer jährlichen Jahrestagung wählen die eingetragenen Mitglieder des Themenforums jeweils eine Sprecherin und einen Sprecher, die die Arbeit koordinieren.

Die Themenforen auf Parteivorstandsebene erhalten Rede- und Antragsrecht auf dem Bundesparteitag. Mit den inhaltlichen Foren wollen wir für Interessierte einen weiteren Zugang zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in der SPD etablieren. Darum erhält jedes Themenforum auf Parteivorstandsebene eine/n beratende/n Delegierte/n auf dem Bundesparteitag, die/der alle zwei Jahre auf der Jahreskonferenz gewählt wird.

Arbeitsgemeinschaften und Themenforen übernehmen eine besondere Verantwortung für den gesellschaftlichen Dialog und die Vorfelddarstellung der SPD. Deshalb sind auch Nichtmitglieder willkommen. Um ihre Mitarbeit wollen wir aktiv werben. Unterstützer/innen haben innerhalb der Themenforen und Arbeitsgemeinschaften die gleichen Rechte wie Parteimitglieder.

Aktive, die als Vertreterinnen oder Vertreter von Arbeitsgemeinschaften und Themenforen Funktionen in den Gremien der Partei wahrnehmen, müssen Mitglied der SPD sein.

Um das Engagement in Arbeitsgemeinschaften und Themenforen zu erleichtern und anzuregen, fragen wir alle Mitglieder, in welcher Arbeitsgemeinschaft oder in welchem Themenforum sie mitarbeiten wollen. Wir erstellen hierfür eine ausführliche Information über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und Themenforen. So wird die Zielgenauigkeit ihres Angebots für Interessierte und für ihre Arbeit innerhalb und außerhalb der Partei gestärkt.

Den Arbeitskreisen steht das Antrags- und Rederecht für den Parteitag auf der jeweiligen Ebene zu. Darum erhält jeder Arbeitskreis auf Parteivorstandsebene eine/n beratende/n Delegierte/n auf dem Bundesparteitag.

Menschen vernetzen

Das Internet ist eine große Chance für die Demokratie. Und damit auch für die politische Arbeit. Durch das Internet lässt sich schneller, direkter und breiter kommunizieren. Mehr Menschen als je zuvor können sich an politischen Prozessen beteiligen. Die Kraft der Ideen und Worte wird zunehmend wichtiger als der Rang derjenigen, die sie äußern. Selbst Unbekannte können Umwälzendes bewegen. Die Freiheitsbewegung in der arabischen Welt ist dafür ein eindrucksvolles Beispiel.

Für uns ist es selbstverständlich, die Chancen dieses Mediums auszuschöpfen. Unser moderner Internetauftritt www.SPD.de ermöglicht bereits einen schnellen Gedankenaustausch. Dadurch erreichen wir auch Menschen, mit denen wir ansonsten nicht so leicht ins Gespräch kommen würden, insbesondere jüngere Menschen.

Für die Parteilarbeit eröffnen sich neue Möglichkeiten. Unsere Mitglieder können jederzeit untereinander in Kontakt treten, unabhängig davon, wann sie Zeit haben und wo sie wohnen. Für viele wird politische Arbeit dadurch erst möglich. Wer sich nicht im Ortsverein engagieren will, kann sich online ein geeignetes Mitmachangebot suchen. Dort lässt sich schnell und bequem herausfinden, mit wem es »klick« macht. Menschen, die sich nicht persönlich kennen, aber gemeinsame Interessen haben, können zusammenfinden. Sie treffen sich on-

line, um offline etwas zu bewegen. Und bahnen auch persönliche Treffen an. Das Internet kann Begegnungen von Auge zu Auge nicht gleichwertig ersetzen. Aber wir nutzen die Kommunikationsmöglichkeiten des Internets, um Gleichgesinnte zusammen zu bringen und Kompetenzen zu bündeln.

Wir werden die Möglichkeiten ausweiten, dass sich Mitglieder und Interessierte über das Internet an der programmatischen Arbeit der SPD beteiligen können. So unterstützen wir zum Beispiel die Entwicklung von Initiativen und Anträgen im Netz und verbinden dies mit Antrags- und Rederechten für die Initiatoren auf Delegiertenkonferenzen und Parteitag. Insbesondere schaffen wir die technischen Voraussetzungen, die die interessierten Ebenen der Partei in die Lage versetzen, inhaltliche Anträge virtuell erarbeiten und diskutieren zu können. Online-Anträge sollen zunehmend zum Bestandteil der Beratung auf Parteitagen gehören.

Lebensstil, Freizeitgestaltung und Kommunikationsverhalten insbesondere der jüngeren Generation sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum stehen teilweise im krassen Gegensatz zum im Parteiengesetz starr verankerten Wohnortprinzip. Hier sehen wir Veränderungsbedarf und streben eine Änderung des Parteiengesetzes an, um flexiblere und bedarfsgerechte Mitgliedschaften zu ermöglichen. Die vorgegebene Gliederung in Gebietsverbände soll den Regelfall darstellen, aber Ausnahmen ermöglichen. Durch die Einrichtung von Internet-Themenforen können diese Gruppen schon jetzt ihr Antrags- und Rederecht für den Parteitag der jeweiligen Ebene wahrnehmen.

Ehrenamtliche Arbeit erleichtern – Hauptamtliche stärken

Professionalität heißt ergebnisorientiertes, qualitätsbewusstes Handeln, nicht Verberuflichung der Partei. Diesem qualitativen Maßstab kann sich niemand entziehen – weder Ehren- noch Hauptamtliche, weder Freizeit- noch Berufspolitik.

Unsere aktiven Mitglieder sind das Herz unserer Partei. Ohne sie könnten wir nicht erfolgreich sein. Zehntausende Mitglieder engagieren sich für unsere gemeinsame Sache in ihrer Freizeit, oft nach langen Arbeitstagen und obwohl sie familiär und in anderen Ehrenämtern einge-

bunden sind. Ehrenamtliche sollen in Zukunft besser auf wichtige, aufgabenbezogene Informationen zurückgreifen können, von Hintergrundinformationen bis hin zu Kontaktdaten wichtiger Ansprechpartner. Dafür werden die rechtlichen und technischen Voraussetzungen geschaffen.

Die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen sind in unserer Partei von großer Bedeutung. Wir verpflichten uns, ihnen bestmögliche Arbeitsbedingungen und Weiterbildungschancen anzubieten. Die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen sind Parteimanager/innen mit hoher Kompetenz und wertvollen Erfahrungen. Sie sind hochmotiviert und motivieren ihrerseits. Ihre Aufgaben sind vielfältig und anspruchsvoll. Hauptamtliche können viel, aber nicht alles leisten. Gemeinsame Aufgabe der Hauptamtlichen ist es, optimale Unterstützung für die Ehrenamtlichen zu gewährleisten. Mitgliedergewinnung und -pflege sind ein zentraler Teil ihrer Arbeit.

Die Finanzkraft unserer Partei ist begrenzt und damit auch die Präsenz von hauptamtlich besetzten Büros der SPD vor Ort. Wir tun deshalb alles, um die vorhandenen Ressourcen effizient und auf hohem professionellen Niveau zur Unterstützung der Parteiarbeit vor Ort einzusetzen.

Fähigkeiten ausbilden

Die Sozialdemokratie ist nicht nur eine soziale Bewegung, sie war immer auch eine Bildungsbewegung. Unser Ideal war immer der umfassend gebildete Mensch. Für uns ist klar: Umstände, in die ein Mensch hineingeboren wurde, dürfen nicht das Schicksal eines Menschen bestimmen. Lebenschancen sind veränderbar. Dafür braucht es gute Bildung und Ausbildung.

Dieser Anspruch an unsere Gesellschaft richtet sich auch an unsere Partei. Innerparteiliche Bildung ist für uns eine besondere Verpflichtung. Sie muss ein Markenzeichen der SPD sein. Dazu gehört, unseren Mitgliedern breites Wissen über die Geschichte und das Programm der SPD zu vermitteln. Und sie für politisch verantwortungsvolle Aufgaben zu schulen. Das gilt insbesondere für Ortsvereinsvorsitzende, die zu unseren wichtigsten Repräsentanten in der Gesellschaft gehören und deren Weiterqualifizierung Hauptaufgabe der Bildungsarbeit sein muss. Dabei helfen Bildungs- und Mitgliederbeauftragte der

Partei. Dazu wollen wir nach Möglichkeit eine Online-Akademie für ehrenamtliche Nachwuchskräfte in unserer Partei anbieten.

Politische Personalplanung und Nachwuchsförderung ist eine der zentralen Führungsaufgaben auf jeder Parteebene. Alle Parteifunktionäre sind in der Pflicht, politische Talente zu erkennen und zu fördern. Hauptamtliche brauchen und erhalten besondere Qualifizierungsangebote.

Die Parteschule im Willy-Brandt-Haus – 1906 von August Bebel und Clara Zetkin begründet 1986 von Willy Brandt und Peter Glotz wieder erweckt – bietet mit Bildungsprogrammen für Ortsvereinsvorsitzende, der »Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie«, der »Führungsakademie der sozialen Demokratie«, der bundesweiten Weiterbildung für Hauptamtliche »Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung« und interkulturellen Bildungsangeboten ein breites Spektrum zur innerparteilichen Bildung. Diese Qualifizierungsangebote werden wir in den kommenden zwei Jahren evaluieren.

Im »Netzwerk Politische Bildung« haben sich zudem Bildungswerke und Stiftungen zusammengeschlossen, die den Werten der sozialen Demokratie verpflichtet sind. Sie bieten darüber hinaus jede Art von sinnvollen politischen Qualifizierungsangeboten für Aktive und Engagierte an.

Die SPD weiblicher machen

Frauen machen einen positiven Unterschied. Organisationen mit einem hohen Anteil von weiblichen Führungskräften sind erfolgreicher und leistungsfähiger. Hinzu kommt: Die Mehrheit der Bevölkerung will sich in einer Volkspartei auch personell repräsentiert sehen. Eine Partei mit den Regeln einer Männerpartei kann keine Volkspartei sein.

Im Grundgesetz steht: Niemand darf wegen seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt werden. Das ist einer der fundamentalen Sätze unserer Verfassung. Politische Gleichheit kam nicht von selbst, sie musste immer erkämpft werden. Es darf daher nicht allein gutem Willen oder Zufällen überlassen bleiben, dass Frauen gleichberechtigt sind. Auch nicht in den Parteien. Deshalb hat die SPD als erste Partei eine Geschlechterquote eingeführt.

Nach vielen Jahren guter Erfahrungen mit der Quote merken wir aber auch, dass dies noch nicht reicht. Die SPD muss weiblicher werden. Bei den nächsten Bundestagswahlen sollen 40 Prozent der sozialdemokratischen Direktkandidat/innen Frauen sein. Neue Bundestagskandidatinnen werden wir aktiv unterstützen.

Wir verändern uns am effektivsten vor Ort. Die Vorsitzenden der Unterbezirke tragen eine besondere Verantwortung für die Wahl- und Nominierungsverfahren. Es liegt an ihnen, mehr denn je Frauen zu fördern.

Wir müssen aber auch die Bedingungen dafür schaffen, dass sich Frauen bei uns engagieren wollen. Dazu gehören eine offene Diskussionskultur, spannende Beteiligungsformen, weniger Zeitverschwendung sowie eine bessere Vereinbarung der politischen Arbeit mit Familie und Beruf. Mit SPD fem.net wollen wir eine Internet-Plattform schaffen, die jungen Frauen in der SPD eine zeitgemäße Vernetzung ermöglicht.

Partei für die junge Generation

Die SPD ist eine Partei für alle Generationen. Wir sind darauf stolz, viele ältere Mitglieder zu haben, die einen reichhaltigen politischen Erfahrungsschatz besitzen und ihn an die jüngeren Generationen weitergeben und sie zur politischen Arbeit ermuntern. Denn auch sie wissen: Die Ideen und der Optimismus der Jugend gehören mitten in die SPD. Darum sollen junge Frauen und Männer Beteiligungsmöglichkeiten in unserer Partei vorfinden, die ihren Ansprüchen gerecht werden. Ausbildung, Berufseinstieg und Familiengründung nehmen junge Menschen besonders in Anspruch. Ihren beruflichen, privaten und politischen Zielen müssen sie gerecht werden können. Wir sind eine Partei, die das respektiert und unterstützt. Darum sollen sich junge Menschen bei uns unkompliziert, zeitlich flexibel und projektorientiert engagieren können.

Zu den Anforderungen einer mobilen Generation gehört es auch, sich ortsungebunden politisch engagieren zu können. Wir werden die Beteiligungsmöglichkeiten in der SPD über das Internet darum konsequent ausbauen. Durch ortsungebundene Themenforen wollen wir Angebote schaffen, die ein kontinuierliches Engagement ermöglichen, auch wenn der Wohnort einmal wechselt. Wir werden uns im Deutschen Bundestag für eine Än-

derung des Parteigesetzes einsetzen, um die ortsunabhängige Ausübung der Mitgliedsrechte zu ermöglichen.

Die junge Generation will sich und ihre Anliegen in den Parteien und Parlamenten repräsentiert sehen. Darum sollen junge Frauen und Männer nicht nur bei uns mitarbeiten können, sondern auch auf allen Ebenen in den Gremien der SPD und in den SPD-Fraktionen in den Parlamenten aktiv Verantwortung übernehmen. Dafür werden sie durch geeignete Bildungsangebote aktiv unterstützt. Den sich verändernden Bedürfnissen in der politischen Bildungsarbeit wollen wir durch die Etablierung einer Online-Akademie gerecht werden.

Vielfalt gestalten

Die SPD setzt sich für soziale Gerechtigkeit in einer offenen und solidarischen Gesellschaft ein. Das bedeutet, allen Menschen, die in unserem Land leben, gleiche Chancen zu geben, unabhängig von ihrer Herkunft. Das ist unser historisches Selbstverständnis und unser Auftrag für die Zukunft.

Als Partei gehen wir mit gutem Beispiel voran. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Weltanschauung in unserem Land zusammenleben, müssen wir vielfältiger werden, um Volkspartei zu bleiben. Wir eröffnen deshalb Menschen, die oder deren Vorfahren nach Deutschland eingewandert sind, bessere Chancen denn je, in unsere Partei einzusteigen und in ihr aufzusteigen.

Die SPD setzt sich das Ziel, dass in allen Führungsgremien der Bundespartei zukünftig 15 Prozent der Mitglieder über eine Migrationsgeschichte verfügen. Alle anderen Parteigliederungen sollen, auf ihre konkrete Situation bezogen, eigene Ziele abstecken.

Der SPD Parteivorstand benennt zukünftig aus seinen Reihen eine/einen Verantwortliche/n für die interkulturelle Öffnung der Partei, die/der den Gremien regelmäßig über die Fortschritte in diesem Bereich informiert und Handlungsempfehlungen für die weitere Öffnung gibt. Vor Ort übernehmen die Mitgliederbeauftragten eine besondere Verantwortung für die interkulturelle Öffnung der Partei. Um das zu unterstützen, wird die Parteschule entsprechende Schulungsangebote für Haupt- und Ehrenamtliche entwickeln. Darüber hinaus qualifizieren wir

Migrant/innen und Aussiedler/innen, um ihre Aufstiegschancen in der Partei zu erhöhen.

Wir vertiefen außerdem den Dialog mit Migrantenselbstorganisationen und weiteren Bündnispartnern in diesem Bereich.

Vertrauen erarbeiten

Die Sozialdemokratie ist als Bewegung entstanden, auch um denjenigen eine Stimme zu geben, die ansonsten nicht gehört werden. Das bleibt eine wichtige Aufgabe für die moderne Sozialdemokratie. Wir akzeptieren keine demokratiefreien Zonen, in denen sich die Menschen aus der demokratischen Kultur verabschieden. Wir sind vor Ort, hören zu und helfen. Es geht uns dabei zuallererst um die demokratische Kultur in unserem Land und um praktische Unterstützung für die Anliegen der Bürger/innen.

Natürlich wollen wir auch Wähler/innen und Mitglieder gewinnen. Das erreichen wir am ehesten, wenn wir dazu beitragen, die konkreten Lebensbedingungen zu verbessern, wenn wir zeigen: Politik kann das schaffen. Speziell ausgebildete haupt- bzw. ehrenamtliche Aktive gehen als sozialdemokratische Vertrauensleute gezielt auf Menschen zu. Besonders da, wo sich viele unserer Anhänger/innen schon lange nicht mehr zugehörig fühlen. Das ist dauerhafte Vertrauensarbeit. Für die Ausbildung dieser sozialdemokratischen Vertrauensleute in den Stadtteilen wollen wir in der Partei die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Ziel ist es, die Anregungen der Menschen vor Ort aufzugreifen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen und damit die aktive Teilnahme an unserer Gesellschaft zu verbessern.

Nach ersten Erfahrungen in Landtagswahlkämpfen wollen wir weitere Erfahrungen in ländlichen Gebieten und in städtischen Ballungsräumen sammeln. In einem konkreten Projekt werden wir in den nächsten zwei Jahren diese bürgernahe Vertrauensarbeit weiter erproben und dabei auf vorhandene Erfahrungen zurückgreifen.

Solide Finanzen

Unsere Partei, die mehr denn je zum Mitmachen und Mitgestalten einlädt, muss dafür finanziell gerüstet sein.

Unsere Einnahmen stammen überwiegend aus Beiträgen unserer Mitglieder und unserer Mandatsträger/innen. Auch die meisten Spenden kommen von unseren eigenen Mitgliedern.

Das zeigt eine besondere Verbundenheit unserer Mitglieder zu unserer Partei und ist ein Alleinstellungsmerkmal der SPD. Daraus ergibt sich eine besondere Verpflichtung unserer Partei gegenüber unseren Mitgliedern. Sie sollen sich nicht überfordert fühlen.

Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten selbst ein. Dadurch achten wir auf unterschiedliche Lebenssituationen mit unterschiedlicher finanzieller Belastung.

Abgeordnete und Mitglieder, die ihre berufliche Position neben ihrer Qualifikation auch durch die Unterstützung der SPD erreicht haben, sind auch bei der Höhe ihrer Mitgliedsbeiträge besonders in der Pflicht.

Vorwärts

Die SPD betreibt mit dem Berliner *vorwärts* Verlag ein modernes Medienhaus, dessen Hauptaufgabe die publizistische Bindung und Information für die SPD-Mitglieder ist. Darüber hinaus unterstützt, verstärkt und initiiert der *vorwärts* Verlag mit seinen verschiedenen Publikationen politische Debatten innerhalb und außerhalb der Partei. Als publizistisches Vorfeld und als zentrales Medium für Mitgliederinformation und Mitgliederbindung ist der *vorwärts* Verlag ein unverzichtbarer Bestandteil sozialdemokratischer Kommunikation.

Reform der Parteigremien

Die SPD braucht auf allen Ebenen Gremien, die Orientierung geben, die Willensbildung organisieren und die Werte und Ziele der SPD erfolgreich vermitteln. Effiziente Führung und klare Verantwortlichkeit stärken die öffentliche Wahrnehmung der SPD.

Die Leitung der Partei auf Bundesebene obliegt dem Parteivorstand. Er besteht zukünftig aus maximal 35 Mitgliedern und tagt in der Regel alle zwei Wochen. Ihm gehören der/die Parteivorsitzende, der/die Generalsekretär/in, fünf stellvertretende Vorsitzende, der/die Schatzmeister/

in und der/die Verantwortliche des Parteivorstandes für die Europäische Union an. Bis zu 26 weitere auf dem Parteitag zu wählende Mitglieder kommen hinzu.

Wichtig für unseren Erfolg ist eine enge Koordinierung der Arbeit zwischen den politischen Ebenen. Die Bezirke und Unterbezirke sollen eng in die politische Willensbildung eingebunden sein. Dazu führen wir einen Parteikonvent ein, der an die Stelle des bisherigen Parteirates tritt. Der Parteikonvent hat – anders als der Parteirat – echte Entscheidungskompetenzen. Er kann zu allen politischen und organisatorischen Fragen Beschlüsse fassen und wird das höchste Entscheidungsgremium der Partei zwischen den Bundesparteitagen. Zentrale Entscheidungen wie die Besetzung von Parteigremien bleiben dem Bundesparteitag vorbehalten, ebenso wie Beschlüsse zum Grundsatzprogramm und zu den Wahlprogrammen sowie alle Fragen, die die Parteisatzung, die Beitrags- oder die Schiedsordnung betreffen.

Diesem »kleinen Parteitag« gehören 200 von den Parteitag der Bezirke und Landesverbänden zu wählende Delegierte und weitere beratende Mitglieder an. Der Parteikonvent tagt in Jahren, in denen kein Bundesparteitag stattfindet, mindestens zweimal im Jahr. In den anderen Jahren findet er mindestens einmal statt. Zusätzlich tagt einmal im Jahr eine Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden.

Um die Gliederungen zu stärken, werden wir den Bundesparteitag vergrößern. Statt 480 Delegierten, sollen ihm zukünftig 600 angehören.

Europäische Mitgliederpartei

Wir Sozialdemokrat/innen haben uns bereits 1925 in unserem »Heidelberger Programm« zu dem Ziel bekannt, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen. Europa ist als Antwort auf die Erfahrungen unserer gemeinsamen Geschichte entstanden. Heute ist die europäische Integration der richtige Weg, um Frieden und Wohlstand auch in Zukunft zu sichern.

Die europäische Idee lebt von dem Enthusiasmus der Europäer/innen und der öffentlichen Diskussion um den richtigen Weg. Eine europäische Öffentlichkeit braucht europäische Parteien. Ein soziales und demokratisches Europa braucht eine europäische Sozialdemokratie. Da-

rum wollen wir die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) zu einer echten europäischen Mitgliederpartei ausbauen. Unser Ziel ist es, dass zukünftig eine individuelle Mitgliedschaft in der SPE möglich ist.

Mehr denn je braucht Europa frische Ideen. Unsere Vorstellungen von einem modernen und gerechten Europa wollen wir auch europäisch diskutieren. Darum haben wir die Initiative ergriffen, ein Grundsatzprogramm der europäischen Sozialdemokratie zu erarbeiten.

Wir werden die neuen Möglichkeiten europäischer Bürgerbeteiligung aktiv nutzen, damit die Bürger/innen Europas ihren Einfluss geltend machen können. Die SPE werden wir dabei unterstützen, ihre Kampagnenfähigkeit weiter auszubauen. Darum wollen wir die Zusammenarbeit im europäischen Netzwerk der sozialdemokratischen Generalsekretäre/innen intensivieren.

Es ist uns wichtig, dass Mitglieder im europäischen und weltweiten Ausland, weiterhin Kontakt mit der SPD halten und sich an unseren Diskussionen beteiligen. Dafür wollen wir unseren SPD-Parteigruppen im Ausland geeignete Bedingungen bieten.

Partei in Bewegung

Die Sozialdemokratie ist die Demokratie- und Freiheitsbewegung in unserem Land. Wir haben 1863 als Arbeiterverein und Arbeiterpartei begonnen und sind eine große Volkspartei geworden. Verantwortung in der Regierung und das Leben im Untergrund sind Teil unserer stolzen Geschichte.

Wir haben für Demokratie gekämpft, als es keine gab. Wir haben mehr Demokratie gewagt, als wir regiert haben. Die SPD hat sich immer wieder verändert, um auf der Höhe der Zeit zu sein. Unseren Werten sind wir dabei immer treu geblieben. Das ist der sozialdemokratische Weg.

Wir wollen unsere politische Kultur noch demokratischer machen. Als demokratische Volkspartei wollen wir dazu unseren Beitrag leisten. Denn selbstbewusste Bürger/innen wollen sich mehr denn je aktiv an der politischen Gestaltung beteiligen, um unsere Gesellschaft lebenswerter zu machen. Wir schauen nicht tatenlos zu, wenn sich immer mehr Bürger vom politischen Dialog abwenden.

Wir laden sie ein und fordern sie auf mitzubestimmen und mitzugestalten.

Das vorliegende Programm ist nicht nur Vorlage für Satzungsänderungen, sondern für einen Wandel unserer Kultur. Deshalb ist dieses Programm nicht das Ende, sondern der Ausgangspunkt für die Reform unserer Partei. Lebendig zu sein bedeutet, sich zu verändern.

Wir machen uns auf den Weg. Die SPD will die modernste Partei Europas sein.



Daniel Totz studierte Politikwissenschaft und Geschichte an der Leibniz-Universität Hannover und der FU Berlin und ist derzeit als Referent für Parteiorganisation und Finanzen im SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern tätig. Seine Masterarbeit schrieb er zur SPD-Parteireform.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Internationaler Monitor Soziale Demokratie«,
Redaktion: Jan Niklas Engels, Jan.Engels@fes.de; Redaktionsassistentin: Nora Neye, Nora.Neye@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN: 978-3-86872-971-9